

Rezensionen

Linke, Dietmar: Bedrohter Alltag – Als Pfarrer im Fokus des MfS. Vechta: Geest-Verlag 2015. 480 S., 16,80€.

Stellen Sie sich vor, Sie sind in einem Verein, einer Gemeinde engagiert oder üben einen Beruf aus, der Sie in Verantwortung für andere Menschen, aber auch finanzielle Budgets stellt. Auf einmal ist ein Gerücht im Umlauf, daß Sie Gelder veruntreut oder das Vertrauen von Mitarbeitern mißbraucht hätten.

Stellen Sie sich vor, das Mißtrauen ist nicht von einer eifersüchtigen oder neidischen Privatperson gesät worden, sondern die geballte Macht eines Staates setzt eine solche Maschinerie systematisch gegen Sie und Ihre Familie ein. Einen solchen Staat bezeichnet man zu Recht nicht nur als einen Unrechtsstaat, sondern auch als einen Verbrecherstaat. Lesen Sie Dietmar Linkes Erinnerungen *Bedrohter Alltag – Als Pfarrer im Fokus des MfS*, und Sie werden sich und anderen über den Charakter der DDR keine Illusionen mehr machen können.

Linke war in den 70er Jahren bis Ende 1983 evangelischer Pfarrer in der DDR, zunächst in Meinsdorf in der Nähe des Schriftstellerrefugiums Schloß Wiepersdorf (wo er Fred und Maxie Wander kennenlernte), ab 1979 im brandenburgischen Neuenhagen in der Nähe der NVA-Hochburg Strausberg im Bezirk Frankfurt/Oder. Kurz vor Weihnachten 1983 hatte es die DDR geschafft – Dietmar Linke verließ mit seiner Frau Barbe, den Kindern und der Schwiegermutter dieses Land und fand Exil in West-Berlin. Linke konnte dort nicht sofort als Pfarrer weiterarbeiten, weil sich die Kirchen in Ost und West die tief in ihre Mitarbeiterschaft vertrauende Regelung hatten einfallen lassen, eine Ausreise nur aus gesundheitlichen oder der Familienzusammenführung dienenden Gründen zu akzeptieren.

Er fand Beschäftigung im Gesamtdeutschen Institut und bei Rainer Hildebrandt

im Museum am Checkpoint Charlie, bevor er ab 1987 wieder als Pfarrer an der Weddinger Kapernaumkirche arbeiten durfte. In dieser Zeit schrieb er auch auf Anregung von Jürgen Fuchs seine Erinnerungen auf, die 1988 unter dem Titel *Niemand kann zwei Herren dienen* erschienen.

Die Stasi ließ ihn nicht los – und das nicht nur in seinen Gedanken. Weil er die Verbindungen zu Menschen in der DDR nicht abbrach und sich auch weiter mit der DDR-Opposition öffentlichkeitswirksam solidarisierte, eröffnete das MfS erneut eine Operative Personenkontrolle gegen ihn, nachdem er schon in Meinsdorf die Beobachtung spüren konnte und in Neuenhagen der OV „Kreuz“ in Kraft gesetzt wurde.

Nach 1989 nahm Linke die Möglichkeit wahr, seine beim MfS und anderen staatlichen Organen der DDR über ihn gesammelten Akten einzusehen. Er mußte dabei feststellen, daß unzählige Vertraute aus seinem Arbeitsumfeld ihn als Inoffizielle Mitarbeiter bespitzelt hatten. Die DDR wollte ihn „kaputtmachen“ (O-Ton Joachim Wiegand, Leiter der HA XX/4, der Kirchenabteilung des MfS). Auch seine Personalakten bei der Kirche sichtete Linke und erfuhr nicht erst dort manche Ernüchterung.

Dabei hatte Linke nur das gemacht, was sein Ordinationsgelübde von ihm verlangte – er hat das Evangelium allem Volk gepredigt, wie es das Bekenntnis von Barmen 1934 formuliert hat. Also lud er Schriftsteller (Stefan Heym, Jurek Becker, Rolf Schneider) in seine Kirche ein, organisierte die Friedenswerkstatt in Ost-Berlin mit, fastete mit Bärbel Bohley und anderen für den Frieden und war am 1. September 1983 mit Rainer Eppelmann und anderen maßgeblich an der Menschenkette zwischen den Botschaften der USA und der UdSSR beteiligt. Mit welchem enormen Aufwand die DDR gegen ihn und seine Frau Barbe vorging, bezeugt dies Buch eindrücklich und detailreich.

Wie auch schon seine Erinnerungen von 1988 beschließt dieses Buch ein Gespräch, das Jürgen Fuchs mit Barbe und Dietmar Linke führte, in dem eindrücklich geschildert wird, daß die Zersetzungsversuche der Stasi auch Jahre nach dem Untergang der DDR nicht aufhörten.

Dietmar Linke hatte 1994 den Theologen Aleksander Radler alias „IM Thomas“ entlarvt, der von 1963 bis 1989 Menschen ans Messer lieferte und bis 2014 im Dienst der Kirche stand. Nach den Erinnerungen von Rainer Eppelmann, Joachim Gauck, Christa Sengespeick und an Christoph Wonneberger sowie diverser Biographien und Interviews ostdeutscher Bischöfe und Pfarrer kenne ich keine Lektüre einer Pfarrperson aus der DDR, die so eindrücklich die Substanz des Arbeiter- und Bauernstaates enthüllt wie die von Dietmar Linke.

Joachim Goertz

Böttge, Horst: Drangsaliert und dekoriert – Von der Kunst des Überlebens in der DDR. Halle (Saale): Mitteldeutscher Verlag 2015, 188 S., 9,95 €.

In dem zur Leipziger Buchmesse 2016 öffentlich vorgestellten autobiographischen Rückblick berichtet Horst Böttge über den bemerkenswerten Lebensweg seines Bruders Richard vom Ende des Dritten Reiches, der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands und der sich etablierenden SED-Diktatur Walter Ulbrichts bis hin zum Realsozialismus Erich Honeckers. Die Ausarbeitung entstand in enger Zusammenarbeit der Brüder. „Es wurde großer Wert darauf gelegt, den Sachverhalt durch Einbeziehung möglichst vieler originärer Dokumente korrekt wiederzugeben“, heißt es im Epilog. Die Beweggründe, die dazu geführt haben, das eigene Erleben in all seinen Facetten für die Nachwelt zu erinnern, sind am Ende des Buches im „Epilog“ festgehalten: „Eine besonders starke Motivation für diese

Aufarbeitung waren das zunehmend fehlende öffentliche Interesse an solchen Einzelschicksalen sowie das schwindende Unrechtsbewusstsein, das inzwischen bei nicht wenigen einhergeht mit der nostalgischen Verklärung der DDR. Zudem geht es mir darum“, schreibt der Autor, „auch auf das Missverhältnis der Behandlung von Opfern und Tätern nach dem Fall der Mauer hinzuweisen. Nicht zuletzt sollte unsere Generation ein gesteigertes Interesse haben, dass sich unsere Kinder und Kindeskinde mit dem Schicksal ihrer Eltern ernsthaft auseinandersetzen, um nicht erneut von ‚Honeckers Erben‘ oder anderen Extremisten in die Irre geführt zu werden.“

Nach einem kurzen Diskurs zur Kindheit der beiden Brüder in den letzten Kriegsjahren und in der Nachkriegszeit schildert der Autor den frühen repressiven Einbruch in die Familiengeschichte unmittelbar am Beginn des sozialistischen Experimentes in der sowjetisch besetzten Zone, der frühen DDR. Der eher ruhige und zurückhaltende Richard Böttge nahm nach Abschluß der Grundschule eine Lehre als Betriebsschlosser im Werk des Vaters auf, in der Brikettfabrik Heye III im Senftenberger Braunkohlenrevier. Die Berufsschule lag im Ort Laubusch in der Lausitz. „Ungünstige Verkehrsverhältnisse, dazu mangelnde Organisation der Stundenplanung sorgten wiederholt für Leerlauf. Die zeitweise Verlegung des Unterrichts in ein Jugendheim sollte am 12. Januar 1951 mehreren Jugendlichen, die eigentlich nur gegen einen arroganten Heimleiter protestieren wollten und dabei ‚über die Stränge schlügen‘, zum Verhängnis werden.“ Die fehlende Pausenaufsicht beförderte ein quasi rebellisches jugendliches Verhalten, in deren Folge sich auch Richard Böttge zu Aktivitäten überreden ließ. „Alle grölten [...], als er auf einem gerahmten Bild Lenins Bart mit abgebrannten Streichhölzern ein wenig“ auffrischte. „Hätte er geahnt, welche Auswirkungen dieser Jugendstreich auf sein ganzes Leben haben wird“, so das Resümee

des Autors, „er wäre wohl im Boden versunken.“

In einer „Nacht- und Nebelaktion“ erfolgten nach erstatteter Meldung des Vorfalls durch die Heimleitung an die Volkspolizei eine Hausdurchsuchung und die Verhaftung des sechzehnjährigen Richard durch Mitarbeiter der gerade mal ein Jahr zuvor offiziell gegründeten DDR-Geheimpolizei, dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Als Beweismittel beschlagnahmt wurde ein Kinderspielkasten zum Drucken. Zudem ließen die Geheimdienstchargen Richards Sparbuch mit einem Guthaben von 270 Mark mitgehen – später sollte das Sparbuch spurlos verschwunden bleiben. „Von nun an war mein Bruder spurlos verschollen.“ Am 18. Januar gab die ostzonale Geheimpolizei ihren minderjährigen Gefangenen als „Staatsfeind“ und Feind der sowjetischen Besatzungsmacht „an die Freunde“ ab. In der Bautzener Straße in Dresden befand sich das Kellergefängnis des sowjetischen Geheimdienstes NKWD. Böttge schildert die Haftzustände im Gewahrsam der Sowjets – erschütternde Befunde, die durchaus vergleichbar sind, unter anderem mit den Haftabläufen und Haftzuständen in den zahlreichen Gefängnissen und einstigen Lagern Stalins im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands, darunter auch Halles „Roter Ochse“, in den Richard Böttge später verschleppt werden sollte. Ein sowjetisches Militärtribunal (SMT) verurteilte Richard am 6. März 1951 wegen „antiso-wjetischer Hetze“ zu zehn Jahren Arbeitslager. Von der erfolgten Vollstreckung des Todesurteils an seinem Zellenkameraden Hermann Kernert in Moskau erfuhr Richard Böttge anlässlich einer Gedenkfeier in Bautzen nach dem Ende des Sowjetimperiums und der DDR. Kernert gehörte zu den nahezu 1 000 von SMT auf dem Gebiet der DDR zwischen 1950 und 1953 zum Tode Verurteilten, die im Moskauer Gefängnis Butyrka hingerichtet wurden.

„Die Briefe meines Bruders aus der Haft sind alle noch im Original erhalten, die unserer Eltern als Abschrift.“ Sie „vermitteln einen Einblick in das leidvolle Schicksal von unschuldigen Menschen und ihrer Hoffnung, einfach wieder ganz normal leben zu dürfen.“ Horst Böttge dokumentiert in seinem Buch ausführlich Originalunterlagen aus dem genannten Briefwechsel, zudem Gnadengesuche seiner Eltern und diverse Papiere aus der späteren beruflichen Entwicklung seines Bruders – nicht zuletzt im Kontext von Interpretationen der DDR-Gesinnungs- und Geheimpolizei. Den „Staatsfeinden“ war prinzipiell nicht zu trauen, sollte Richard später deutlich zu spüren bekommen. Sein Bruder Horst faßte den späteren Lebensweg seines Bruders in der DDR mit den Begriffen „drangsaliert und dekoriert“ zusammen, eine treffende Bezeichnung, wie die Ausführungen über „Mangelwirtschaft“, „Wühlarbeit der Stasi“ und deren Berichterstattung in der „Aktion ‚Alpinist‘“ belegen. Dem Autor gelingt ein facettenreiches „Spiegelbild der sozialistischen Wirtschaft“ mit den Schilderungen der Arbeitsabläufe seines Bruders nach der Haftentlassung unter anderem im Fernwärmebereich Hoyerswerda.

Nach der Überführung aus dem „Gelben Elend“ in Bautzen nach Halle verbrachte Richard Böttge seine Haftzeit seit Februar 1953 im „Roten Ochsen“ – gemeinsam inhaftiert mit kriminellen Straftätern und einem harten System von Zwangsarbeit ausgesetzt. Am 17. Juni 1953 spürte der Jugendliche die Erschütterungen des Arbeiter- und Volksaufstandes in der Haftanstalt. Durch eine Amnestie im Januar 1954 wurde Richard Böttge schließlich aus dem „Roten Ochsen“ entlassen.

Richard schlug nicht den Weg vieler ehemaliger Häftlinge ein, die seinerzeit in den Westen flüchteten. Sein Bruder Horst führt dies auf den Widerstand seines Vaters zurück. „Diesen Schritt allein zu unternehmen, dazu fehlte meinem Bruder nach dem Erlebten sicher auch der Mut und die Reife.“ Albträume quälten ihn

noch viele Jahre, doch Richard orientierte sich darauf, das Versäumte so gut es nur ging nachzuholen. Die Wiederaufnahme der beruflichen Ausbildung als Schlosser begann bereits vierzehn Tage nach der Haftentlassung, zwei Jahre später erfolgte ein dreijähriges Studium an der Bergingenieurschule Senftenberg in der Fachrichtung „Brikettierung und Kohleveredlung“ sowie ab Juli 1958 ein Praxisjahr im Braunkohlenwerk Spreetal. „Dekoriert“ wurde Richard Böttge mehrfach im Laufe seiner beruflichen Karriere, beginnend im März 1960 im VEB Kommunale Wohnungsverwaltung Hoyerswerda als Wärmeingenieur. 1963 wechselte er zur Energieversorgung Cottbus, wo er am 1. Mai 1964 als „Aktivist des Siebenjahrplanes“ ausgezeichnet wurde.

Über Jahre führte das MfS über Richard Böttge eine Geheimakte, Informanten berichteten ausführlich – darunter vielfach falsch und/oder bewußt überzogen. Richard Böttge hatte stets die „Stasi im Genick“, zumal der Buchautor 1961 „republikflüchtig“ geworden war. Die Brüder und deren Familien hielten über Aufenthalte im sozialistischen Ausland weiteren Kontakt. Stasi-Akten, aus denen Horst Böttge ausführlich zitiert, belegen: Bruder Richard stand über Jahre quasi mit einem Bein im „Knast“. Mißverhältnisse in der Wirtschaft wurden ihm zur Last gelegt, und die Informanten berichteten ausführlich und detailreich, Maßnahmepläne wurden erstellt und Überwachungen eingeleitet, „um den unliebsamen Bereichsleiter [Richard Böttge] hinter Gitter zu bringen“ (mit Zielorientierung Vergehen nach § 165 StGB der DDR: Straftaten gegen die Volkswirtschaft). In einer Anweisung des MfS aus dem Jahre 1976 sollte Richard Böttge entsprechend der Richtlinie 1/76 unter operativer Kontrolle gehalten werden: Das waren Kontrollmaßnahmen zur „Zersetzung feindlich-negativer Elemente“. Das MfS sah keineswegs davon ab, für Richard Böttge Mißerfolge zu organisieren, dies war ein wesentlicher Be-

standteil der Richtlinie 1/76, der Zersetzungsstrategie der Stasi, um Persönlichkeiten zu zerstören. Zeitweise waren bis zu zehn MfS-Mitarbeiter mit dem „Fall Richard Böttge“ beschäftigt. Für die folgenden Jahre bis zum Ende der DDR, schreibt Horst Böttge, sind bis 2014 keine weiteren Akten über seinen Bruder in der Stasi-Unterlagenbehörde aufgefunden. Womöglich wurden sie vernichtet.

Er selbst erfuhr vom Ausmaß der Bespitzelung erst nach seinem Antrag auf Akteneinsicht (das sind bislang ca. 400 Seiten) im Jahre 2004. Etwa zu dieser Zeit engagierte sich Richard Böttge aktiv im Bautzen-Komitee, einem weltweiten Zusammenschluß ehemaliger politischer Häftlinge der DDR, um nicht zuletzt auch als Zeitzeuge vor Schülern aufzutreten.

Die Veröffentlichung seiner Lebensbiographie durch seinen Bruder erlebte der 80jährige nicht mehr. Er verstarb im Januar 2015, wenige Monate vor der Veröffentlichung.

André Gursky

Mählert, Ulrich (Hrsg.): Die DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema. Berlin: Verlag Metropol 2016, 220 S., 19€.

Dem Philosophen Arthur Schopenhauer wird das Bonmot zugute geschrieben: „Man muß auch etwas zu sagen haben.“ Das – bzw. die Frage, wie man zu einer Substanz kommt, die die Leute anspricht – ist das Problem dieses Buches.

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hatte die drei Historiker des Instituts für Zeitgeschichte Dierk Hoffmann, Michael Schwartz und Hermann Wentker gebeten, in einer Expertise Stand, Perspektiven und, wenn man so will, Marktnischen der DDR-Forschung zu untersuchen. Sodann nehmen 18 Historiker und Politikwissenschaftler aus dem In- und Ausland dazu Stellung.

Offenkundig liegt hier schon eine Merkwürdigkeit vor: Wissenschaftliche Themen, die den gesellschaftlichen, ja den medialen Diskurs in Beschlag nehmen, werden nicht quasi wissenschaftsadministrativ lizenziert, freigeschaltet, alimentiert und in einer Art Curriculum verortet. Als, am „Vorabend“ des hundertjährigen Erinnerns an den Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914, die Turbulenzen um Christopher Clarks *Schlafwandler* losbrachen, erst meldeten sich öffentlichkeitswirksam seine Parteigänger, dann das Gegenlager in der Kontinuität Fritz Fischers, war von öffentlicher Geschichtsverplanung weit und breit nichts zu sehen – im Gegenteil. Die öffentliche Geschichtspolitik hätte sich eine ganz andere Justierung der Thematik Erster Weltkrieg und seiner Vorgeschichte gewünscht. Ähnlich verhält es sich, wenn über den Unterwerfungsgang Heinrichs IV. 1077 n. Chr. nach Canossa und die Frage nachgedacht wird, ob diese Unterwerfung nicht ein tatsächlicher Sieg war. Die Konfrontation von weltlicher und geistlicher Macht schlägt auch heute noch das Publikum in seinen Bann, ob nun Forschungsplanung für sie einen Platz freigehalten hat oder nicht.

Offenkundig hat die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Geschichte mitsamt den ihr verbundenen Institutionen und Akteuren ein Legitimationsproblem am intellektuellen Markt, sonst bedürfte es nicht einer derartigen Selbstvergewisserung. Ein anderes Indiz ist, daß sie sich 2014 befugte, im Blick auf die kalendarischen Daten 1914, 1939 und 1989 ein „Jahr der Zeitgeschichte“ mit sich selbst in der Rolle des wesentlichen Akteurs zu proklamieren. Ist die DDR samt ihrem sowjetischen Vormund so „ausgefischt“, daß man gleich Bethmann Hollweg und Ludendorff bemühen muß?

Zurück zur DDR als „Chance“: Über den Titel haben sich manche mokiert, noch mehr über das Ausrufungszeichen, das Eckhard Jesse im zweiten Teil des Titels für seinen Beitrag dahintergesetzt hat.

Lassen wir das an dieser Stelle dahingestellt. Was gemeint ist, liegt ohnehin auf der Hand: Die DDR ist ein Thema, mit dem noch viel anzufangen, aus dem noch viel Honig zu saugen und viel Erkenntnis zu gewinnen wäre, möglicherweise nicht nur über ihre eigene Zeit, sondern auch über Staaten und Gesellschaften unter spezifischen Bedingungen insgesamt. Ganz falsch ist so etwas ja nie, man denke nur an die Formel vom überdehnten Imperium, welche sich trefflich auf alle möglichen Systeme von der Antike bis zur Gegenwart anwenden läßt.

Was kommt nun am Ende heraus?

Naturgemäß finden die drei Gutachter Forschungsfelder, die noch nicht oder noch nicht tief genug bestellt sind. So gebe es bereits Vergleiche zwischen der DDR und der Tschechoslowakei bzw. Polen, aber eben noch nicht mit Bulgarien und Rumänien. Wenn es so ist, haben wir es gewiß mit einer Lücke zu tun, die dringend zu füllen ist. Am Ende der Expertise stehen fünf Vorschläge. In der Summe laufen sie auf noch mehr Gremien, noch mehr Beiräte, noch mehr Kommunikation hinaus, als ob es in der politisch sensiblen Zeitgeschichte einen Mangel an politisch rückversicherter allgemeiner Gremienausprache gäbe. Freilich, auch in den textlichen Mühen der Ebene wird man fündig: Die Expertise beklagt, daß der aktuelle Entwurf eines gemeinsam von Berlin und Brandenburg in Auftrag gegeben Rahmenlehrplanes für das Fach Geschichte „nur zwei konkrete Angaben zur DDR [enthält, P.M.]: ‚Flucht aus der DDR‘ [und, P.M.] ‚die gesellschaftliche Stellung von Mann und Frau in der DDR und Bundesrepublik‘“. Wenn dem so ist, werden die beklagenswert niedrigen Kenntnisse zur DDR-Geschichte in diesen beiden Ländern vermutlich noch verschlechtern. Im topographischen Fokus deutscher Zeitgeschichte – in und um Berlin – scheint man gute Gründe zu haben, den ersten Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden thematisch zu entsorgen.

Eine Sorge scheint viele Autoren zu beschleichen: die Sorge nämlich, das Schlußurteil Hans-Ulrich Wehlers im letzten Band seiner deutschen Gesellschaftsgeschichte zur DDR, sie sei eine sowjetische Satrapie gewesen und für den deutschen Geschichtshaushalt auf Dauer nicht weiter relevant, könne am Ende das letzte Wort sein. Gerade die authentischen wie die imaginierten Revolutionäre von 1989/90 haben schließlich ein vielfach geradezu natürliches Interesse daran, ihre historische Tat vor allem dadurch möglichst groß zu dimensionieren, daß der Faktor DDR möglichst als Subjekt und nicht als Objekt erscheint, daß seine Geschichte wie sein Untergang eher singularisiert als kontextualisiert werden. Gewiß kann man darüber streiten, ob der Satrapiebegriff und mit ihm das Bild von einer Satrapie überschießend ist, provoziert oder provozieren soll.

Daß in der DDR spezifische deutsche Traditionen überlebten, wie wir heute sehen, nicht unbedingt immer die besten, wird man schwerlich bestreiten können. Walter Ulbricht versuchte in den 1960er Jahren vor allem ökonomisch manches anders zu machen als im Vaterland aller Werktätigen, aber eben genau daran scheiterte er auch und wurde durch einen Erich Honeker ersetzt, der deutschlandpolitisch wie sozioökonomisch Fügsamkeit gelobt hatte und sich von Leonid Breschnew mehrfach die Maxime sagen ließ, ohne die Sowjetunion gebe es auch keine DDR.

In den 18 Beiträgen, die die Expertise beleuchten, erscheint manches uninspiriert, ja geradezu hilflos, manches bedenkenswert und einiges erhellend-belustigend, was die historische Diskurslage im Lande angeht. Thomas Großbölting diagnostiziert „die Abwendung und die Verinselung eines Faches, das mit sich selbst beschäftigt ist und für das sich ein weiteres Publikum nicht mehr interessiert“, und fügt sarkastisch für die ganze offiziöse zeitgeschichtliche Topographie hinzu: „Zu zwei Portionen Nationalsozialismusforschung gebe man jeweils einen Teil

DDR- und altbundesrepublikanische Expertise und verfeinere das Ganze wahlweise mit mehreren Löffeln Gender-, Generationen- oder Kulturstudien. Am Ende steht dann vielleicht ein politisch korrektes, in jedem Fall aber fades Geschichtsbild.“

Bestärkt in solchen Erwartungen fühlt sich, wer den Beitrag von Eckhard Jesse liest. Hier geht es zwar nicht um eine konzertierte Zeitgeschichtsvermittlung, sondern um einen vermeintlichen methodischen Zaubertrick, der der Sache wieder auf die Beine verhelfen solle:

Wer die Diagnosen zur Geschichte der alten Bundesrepublik kennt, weiß, welche Spezies wann auf den Plan trat: Zuerst waren es jeweils die Journalisten, dann die Politikwissenschaftler und schließlich die Zeithistoriker, jene Zunft, die das Archiv braucht, um sich auf festem Boden zu sehen. Jesse plädiert nun dafür, im Fall der DDR das Ganze um 180 Grad umzudrehen:

Weil, insbesondere aufgrund einer ungewöhnlich frühzeitig transparenten Archivsituation, die DDR als „Ding an sich“ historisch ziemlich ausgeforscht sei, sollten nun die Politikwissenschaftler das Heft in die Hand nehmen, ihren Methodiken folgend kategorisieren, vergleichen, in Kontexte stellen. Natürlich kann man das so machen, und für mancherlei weitere Dissertationen wird es gewiß reichen. Aber welches Publikum läßt sich schon davon in den Bann ziehen, wenn Politikwissenschaftler statt Historikern untersuchen und schreiben?

Abschließende Fußnote: Der Forschungsverbund SED-Staat kommt auf diesen 220 Seiten nicht vor – vielleicht hat der Rezensent hier eine Petitesse übersehen oder überlesen, aber selbst wenn es sich so verhielte, würde das am eigentlichen Befund nichts ändern. Es verhält sich mit dem Buch wie mit einer Landkarte aus realsozialistischen Zeiten, in der das Territorium West-Berlins erscheint, als habe dort ein Meteorit eingeschlagen und als gebe es

dort weder Infrastruktur noch Besiedelung noch Landschaft, sondern einfach nichts. Sollte man sich als Betroffener oder als Betroffene darüber ärgern?

Im Blick auf die Referenzebene des vorliegenden Bandes würde ich dazu raten, ganz froh über diese „Behandlung“ zu sein. Blumentöpfe gibt es in diesem Supermarkt ohnehin nicht zu gewinnen.

Peter März

Bösch, Frank (Hrsg.): Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970 – 2000, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2015, 491 S., 34.99 €.

Auch der eher reservierte Rezensent machte es sich zu leicht, sähe er in dem von Frank Bösch herausgegebenen Sammelband über *Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000* so etwas wie eine lineare Fortschreibung der alten, systemimmanenten DDR-Forschung, die seit Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre die DDR als modernen Industriestaat mit teils autoritären, teils aber positiv partizipatorischen Zügen gezeichnet bzw. verzeichnet hatte. Nein, dieser Sammelband steht nicht einfach in der Tradition der Glaeßner, Ludz und auf banalerer Ebene Thomas, die paradigmatisch diese Richtung repräsentierten, flankiert um die damaligen Deutschland-Handbücher, welche die DDR einfach beim quantitativen Wortlaut nahmen.

Kritik muß anders und auf bestimmte Weise grundsätzlicher ansetzen. Es geht um dreierlei: Zum ersten um die Bezugsfaktoren, also um die Themen und deren Aussagekraft, zum zweiten um die Frage nach der Legitimation eines solchen in vielem linearen Vergleiches zweier quantitativ und qualitativ denkbar unterschiedlicher Staaten und Systeme und zum dritten um die Periodisierung: 1970 bis 2000, mit Kollaps der DDR und Wiedervereinigung 1989/90 genau in der chronologischen Mitte. Beginnen wir mit der Chronologie: 1970 als Anfangspunkt, das scheint nicht schlecht gewählt: 1969 bis –

1971 Führungswechsel in beiden deutschen Staaten, in der DDR von Ulbricht zu Honecker mit dem Ende aller ökonomischen Experimente und der Priorisierung einer ökonomischen nicht unterfütterten Sozialpolitik zur Pazifizierung der potentiell aufrührerischen Werktätigen, in der Bundesrepublik, im Gefolge des Endes der Ära Adenauer und des Kulturbruches der 68er, seit 1969 die sozialliberale Koalition mit der förmlichen Anerkennung der DDR als Staat und dem vollmundigen Postulat, es gehe nun darum, „mehr Demokratie zu wagen“. Aber was kann man mit dem Jahr 2000 anfangen, so man nicht verzückt über seinen Charakter als Millenniumsjahr mit drei Nullen ist? Was wäre überhaupt plausibel gewesen, so man einen derartigen Sammelband über die deutsche Wiedervereinigung hinaus führen wollte und dies für sinnvoll hielt? Innerdeutsch wäre es vermutlich das Jahr 1998 gewesen, das Ende der Ära Kohl und mit ihm das Ende jener Regierungsmannschaft, die 1989/90 diese Wiedervereinigung bewerkstelligt hatte und nun östlich der alten innerdeutschen Grenze blühende Landschaften zu schaffen suchte. Der Übergang zu Rot-Grün, das war in der Tat eine Zäsur und dies nicht nur vordergründig. Nun rückten Akteure auf die Kommandohöhen, die sich noch 1989 überwiegend als postnational gesehen und lange abschätzig von so etwas wie einem Anschluß der DDR gesprochen hatten – genau diese Akteurskohorte mußte nun das wiedervereinigte Deutschland weiterführen. Welthistorisch wäre es vermutlich der 11. September 2001 gewesen, der terroristische Angriff auf die USA, und mit ihm der Anbruch eines neuen Zeitalters tiefgreifender globaler Konflikte, unabhängig von den alten Frontlinien des Kalten Krieges.

Wer vergleicht, ob er dabei nun seine Gegenstände, hier die beiden Staaten in Deutschland und sodann das wiedervereinigte Deutschland, in symmetrischer oder asymmetrischer Relation aufeinander sieht, muß die rechten Themen definieren

und das Ganze in passende Referenzrahmen stellen. Hier liegt die Fundamental Kritik an dem Ganzen: Beginnen wir mit den Referenzrahmen: Die alte Bundesrepublik war keine klassische Großmacht, aber sie war auch ohne ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und ohne Verfügung über eigene Kernwaffen eine besondere Größe, im Ranking oszillierend zwischen Mittelmacht und Großmacht. Ökonomisch war sie in der westlich-kapitalistischen Welt lange die Nummer zwei, seit den 80er Jahren dann hinter den USA und Japan die Nummer drei, aber zweifellos führend in Europa. Ihre Währung, die D-Mark, war wie Frankreichs Staatspräsident Mitterrand Mitte der 80er Jahre neidlos anerkennen mußte, ein ökonomisch wie politisch erstrangiges Pfund. In einer solchen Liga, das kann nicht oft genug betont werden, war die DDR auch nur ansatzweise zu keinem Zeitpunkt positioniert. Ihr nicht nur strategisches, sondern, insbesondere in den Bereichen Maschinenbau und Chemie, auch ökonomisches Gewicht für ihren Vormund Sowjetunion ändert daran nichts. Beide deutsche Staaten erfuhren in ihren je eigenen Systemen über die Jahrzehnte politisch, ökonomisch und kulturell sehr eigene Sozialisationen. Aus alledem folgen zwei Forderungen, die in diesem Sammelband auch nicht ansatzweise eingelöst werden, das heißt nicht einmal als problematisierende einführende Erwägungen:

Zum einen wäre die Frage aufzuwerfen gewesen, welche Staaten sich eigentlich für jeweils die Bundesrepublik wie auch die DDR als sinnvolle Vergleichsmuster angeboten hätten. Die Tatsache allein, daß sie beide deutsch waren, reicht als Begründung für sozio-ökonomische und kulturelle Muster, die abgefragt werden, ja eben nicht aus. Hätte man sich, aber dafür liegt 1970 um vieles zu spät, auf die Entwicklung der Konkursmasse des Dritten Reiches beziehen wollen, so wären es die drei Staaten Bundesrepublik, DDR und Österreich gewesen. Stellte man die

Frage, wie sich die alten totalitär-faschistischen Großmächte politisch, ökonomisch und kulturell nach 1945 in die westliche Welt einfügten und welche Rolle sie hier spielten, dann böte sich ein Vergleich der Bundesrepublik mit Italien und Japan an. Auf der innereuropäischen Ebene wäre die alte Bundesrepublik mit Frankreich, Großbritannien und Italien zu vergleichen gewesen. Die DDR schließlich als traditionelle Industrieregion wäre am ehesten mit dem tschechischen Landesteil der alten Tschechoslowakei zu vergleichen gewesen, ansatzweise auch mit Ungarn und – bei vielen Vorbehalten – mit Polen, jeweils Staaten im sowjetischen Vorfeld und damit sowjetischen Satellitensystem. Sicher, man muß einen derartigen, ganz anderen und innovativen Weg nicht gehen, es spricht auch manches dafür, ausgehend von der historischen Längsachse deutscher Nationalstaat, systemische antagonistische Teilung und Wiedervereinigung ganz den innerdeutschen Referenzrahmen zu wählen. Aber dann wäre zumindest zu zeigen, daß es nicht der einzig mögliche, daß er sehr begründungsbedürftig und auf gewisse Weise nicht eben originell ist.

Der zweite wesentliche Einwand: Jeder Rezensent, der einen Sammelband auf die Relevanz seiner Einzelthemen hin befragt, wird versucht sein, Defizite zu bemängeln, mehr und anderes zu fordern. Aber auch wenn und weil dies sozusagen in der Natur der Sache liegt, ist man nicht einfach davon suspendiert, dies doch zu tun. Denn es geht darum, kritisch zu prüfen, wie relevant die Themen sind, über die gehandelt wird. Und es gilt zu fragen: Gibt es andere, die womöglich relevanter gewesen wären – und in einem weiterführenden Schritt, weshalb könnten diese anderen, womöglich wichtigeren fehlen? Hier nun wird man im vorliegenden Fall sehr fündig. Analog zur alten immanenten DDR-Forschung gibt es dann doch eine beklagenswerte Kontinuität. Es fehlt der gesamte Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik: Wie war das Verhältnis zu

den Führungsmächten USA einerseits, Sowjetunion andererseits, wie war die Rolle im Bündnis, wie waren Selbstverständnis und Rolle der jeweiligen militärischen Apparate, wie stand es um die Strukturen zur Wahrung der inneren Sicherheit bzw. zur Aufrechterhaltung der Repression im Lande? Zu diesem Gesamtbereich – schlicht gar nichts. Warum aber sollten nicht Bundeswehr und NVA verglichen und, wenn das Narrativ schon über 1990 weitergeführt wird, die friedliche Integration der Rest-NVA-Bestände in die Bundeswehr beschrieben werden? So fehlt der Gesamtkomplex „Erziehung zum Haß“ im Militärapparat der DDR, von den Grenztruppen und ihren mörderischen Einsätzen ganz zu schweigen. BND und Verfassungsschutzämter auf der einen Seite, Stasi auf der anderen Seite, das hätte doch, was Dimensionierungen, Selbstverständnisse, Vorgehensweisen anbelangt, ein höchst instruktives Vergleichsmuster gegeben. Das Fehlen dieses Gesamtkomplexes führt im übrigen dazu, daß auch ein DDR-Unikat, ihre Zweitarmee in Gestalt der Betriebskampfgruppen, gar nicht in Erscheinung tritt. Man kann es auch so sagen: Das, was die DDR eigentlich systemisch wie apparativ auszeichnete, der faktische Einparteiencharakter, die Repressionsapparate und der hörige Satellitenstatus gegenüber dem sowjetischen Vormund, tritt in diesem Sammelband nicht bzw. allenfalls an wenigen Stellen sehr indirekt in Erscheinung. Oder macht es nicht einen Unterschied, daß und wie große Teile der westdeutschen Linken ganz offen ihren Antiamerikanismus ausleben konnten, daß auf der anderen Seite Kritik an den sowjetischen „Freunden“ tabuisiert und massiv sanktioniert war?

Kein Zweifel: Dieser Sammelband enthält durchaus viel Material. Wer sich über Ökonomien, Ökologien, soziale Befindlichkeiten, Lebenskulturen, Medien- und Bildungssysteme in den drei angesprochenen Jahrzehnten auf deutschem Boden informieren will, wird hier vielfach fündig.

Er erfährt zum Beispiel, daß die Erweiterte Oberschule (EOS), die zum Abitur führte, überwiegend nicht von Kindern tatsächlicher Werktätiger besucht wurde, also von Kindern der angeblich herrschenden Klasse, sondern von Kindern der Funktionsträger des Regimes. Man erfährt auch, daß es um die Mathematikkenntnisse an den ostdeutschen Schulen besser stand als an den westdeutschen – der Rezensent würde nach Augenschein gerne hinzufügen, daß dies offenkundig bei den Orthographiekenntnissen nicht viel anders war – preußisch-obrigkeitsstaatliche wie effizienzorientierte Züge mögen hier zeit-historisch noch einmal gewirkt haben, in Kontrast zu eher spielerischer Diskurskultur an westdeutschen Schulen. Deutlich wird aber auch, daß manche Vergleichsmuster in die Irre gehen, weil sie schlicht Inkommensurables nebeneinander stellen: Die gestiegene Attraktivität der politischen Parteien in Westdeutschland, gemessen an deutlich steigenden Mitgliederzahlen, seit Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre läßt sich nun wirklich nicht in Analogie zur gestiegenen Mitgliederzahl von SED und Massenorganisationen in der DDR sehen. Auf der einen Seite war dies in der Bundesrepublik nach 1968 einem Politisierungsschub geschuldet, der zuerst das linke und dann im Gegenzug das bürgerliche Lager erfaßte: Die Kontroversen um Demokratisierung und neue Ostpolitik mobilisierten in der und für die SPD – man denke nur an Günter Grass und die von ihm repräsentierten Wählerinitiativen. Sodann gelang es den Unionsparteien, teilweise programmatisch deutlich modernisiert, ihr altes Honoratiorengefüge zu sprengen. Für die CDU stehen dafür beispielhaft ihre Generalsekretäre Biedenkopf und Geißler. Von Politisierung und Demokratisierung in solchem Sinne kann aber doch schwerlich für die DDR die Rede sein, vielmehr von gesamtgesellschaftlicher Mobilisierung in einem weithin totalitären Bezugsrahmen.

Man legt diesen Sammelband mit einer Trias von Eindrücken auf die Seite, die

sich als informierend, irritierend und belustigend charakterisieren ließe. Als das Lateinische noch verbreiteter war, pflegte man so etwas auch auf die Formel zu bringen, „multa“, nicht „multum“ – frei übersetzt: Vielerlei, aber nicht das Wesentliche, Entscheidende und Charakteristische.

Peter März

Hedeler, Wladislaw / Keßler, Mario (Hrsg.): Reformen und Reformer im Kommunismus. Hamburg: VSA Verlag 2015, 428 Seiten, 29,80€.

Der vorliegende Band versteht sich als eine Würdigung für Theodor Bergmann, Jahrgang 1916, der sich zeitlebens als „kritischer Kommunist“ bezeichnete. Die Freundesgabe für den Geehrten fällt umfangreich aus und ist in drei grobe Sparten unterteilt: „SBZ und DDR: Reform und kommunistische Opposition“, „Kritiker und Reformer in Ost und West“ sowie „Die VR China: Reformen mit offenem Ausgang“. Bei 22 Beiträgen ist es unvermeidlich, daß die Qualität der dargebotenen Anmerkungen, Kurzanalysen und Stichworte differiert. Als Orientierungshilfe dient die kurze Einleitung „Reformen und Reformer im Kommunismus – zur Einführung“, die von den beiden Herausgebern gemeinsam verfaßt wurde.

Im ersten Themenblock werden Zugänge zu wichtigen DDR-kritischen Kommunisten wie Rudolf Bahro, Wolfgang Harich und Robert Havemann eröffnet. Ausführlicher wird Fritz Behrens porträtiert, der zu Lebzeiten außerhalb entsprechender Zirkel so gut wie keine Aufmerksamkeit gefunden hatte. Auch ihn kennzeichnete das klassische Schicksal eines Parteimarxisten. Die verinnerlichte Parteidisziplin ließ eine Diskussion kritischer Thesen im „nichtsozialistischen Ausland“ nicht zu, und innerhalb des Herrschaftsgebietes fanden wirklich grundlegende Diskussionen kaum statt. Neben einer Einschätzung von Fritz Behrens über den „Prager Frühling“ von 1968 widmen sich ihm zwei Wortmeldungen: Thomas Kuczynski mit

seinem Beitrag „Fritz Behrens und seine rätekommunistische Kritik sozialistischer Reform“ sowie Henning Flaskamp mit „Reform als Rückzug“, in welchem er „Fritz Behrens‘ gescheiterten Versuch, für die Selbstverwaltung zu streiten und das Regime zum Machtverzicht zu bewegen“, beleuchtet.

Der Gehalt aus Alfred Kosings „Erinnerungen an Wolfgang Harich“ ist der Tatsache geschuldet, daß die beiden sich persönlich recht gut gekannt haben. Zu DDR-Zeiten hatte Kosing sich mit seinen Erinnerungen bezeichnenderweise zurückgehalten. Da war er im unermüdlichen Einsatz gegen Abweichler und Revisionisten, wie etwa seine Schrift gegen den Reformkommunisten Ernst Fischer, ein moderner Marxist? (1970) belegt. Auch Kosings vorliegender Beitrag ist von dieser Besserwisserei geprägt und wirft letztlich die Frage auf, warum ausgerechnet eine Persönlichkeit wie Kosing in einen Sammelband zur reformkommunistischen Thematik Eingang finden konnte. Mit gelinder Verwunderung kann man in seinem Beitrag Feststellungen wie etwa jene über Walter Ulbricht zur Kenntnis nehmen. So war angeblich Ulbricht „der einzige führende Funktionär der ehemaligen Komintern in allen sozialistischen Ländern, der lernfähig war und weitreichende Konsequenzen sowohl aus dem Geheimbericht Chruschtschows als auch aus den Erfahrungen der sowjetischen Entwicklung unter Stalin zu ziehen vermochte“. Dabei findet sich kein Wort über den DDR-Schriftsteller Erich Loest, der sechseinhalb Jahre für seine Stalinismus-Kritik im Gefängnis saß.

Der zweite Themenblock beschäftigt sich mit Zugängen zu Rosa Luxemburg, Nikolaj Bucharin und dem sowjetischen Ökonomen Leonid W. Kantorowitsch. Neben dem „Prager Frühling“ finden sich Einlassungen zur sowjetischen Perestrojka und auch das ehemalige Jugoslawien sowie das sozialistische Experiment in Kuba rücken in das Blickfeld. Die Begrenztheit mancher Beiträge kommt zum Beispiel in

Michael Löwys Wortmeldung „Che Guevara als kommunistischer Ketzer und Reformer“ zum Ausdruck, wenn allen Ernstes einige schriftliche Anmerkungen des späten Che Guevaras als bahnbrechende Erkenntnisse angeführt werden.

In gewisser Weise exemplarisch für die dargebotene Mixtur an Geschwätzigkeit und Parteijargon kann Stefan Bollingers Beitrag „Prager Frühling als letzte Chance des Sozialismus?“ angesehen werden. Durchaus scharfe Kritik an der Parteibürokratie reiht er unkommentiert an ideologische Mythen des „realen Sozialismus“. Unreflektiert wird dann von „Zwängen und Erfordernissen der Systemauseinandersetzung“ ausgegangen. Was die Menschen an Defiziten und Unterdrückung erlebten, spielt keine weitere Rolle. Unzufriedenheit mit der oppositionsfreien Parteidiktatur wird in erster Linie einer „Einwirkung von Druck aus dem Westen, die Arbeit seiner Geheimdienste und politischen ‚Fünften Kolonnen‘“ zugeschrieben. Bollinger hat eine zunehmend kritische Presse im Visier, die verantwortlich ist für eine kollektive „Infizierung mit eigentlich durchaus systemkonformen, in ihrer Stoßrichtung aber problematischen Begriffen wie Freiheit, Nationalismus, bürgerliche Rechte und Freiheiten, materielle Interessen an Konsum und Reisefreiheit“.

Da sich der Jubilar Theodor Bergmann verstärkt Vorgängen in China zugewandt hatte, widmet sich der letzte und dritte Themenblock Entwicklungen im kommunistischen China. Dabei stehen aber nicht etwa die massiven Einschüchterungen gegenüber der Meinungsfreiheit im Fokus, sondern eine merkwürdig anmutende Hoffnung auf ein neues kollektives Versuchsfeld am konkreten Menschen.

Die vorliegende Jubiläumspublikation ist eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Es fällt auf, daß in vielen Beiträgen mitteleuropäische Ortsnamen nicht in der deutschen Entsprechung verwendet werden. Solches deutet, ebenso

wie die unreflektiert verwendete Bezeichnung „Faschismus“, wenn eigentlich vom „Nationalsozialismus“ die Rede sein müßte, auf eine marxistisch-leninistische Sozialisation hin. Der neutral klingende Titel der vorliegenden Sammlung stellt einen analytischen Ansatz in Aussicht, der in dieser objektiven Form nicht eingehalten wird. Eine Parteilichkeit hinsichtlich kritischer oder gar oppositioneller Kommunisten im realsozialistischen Herrschaftsbereich wäre um so glaubwürdiger, je konsequenter die real existierenden Herrschaftsumstände herausgearbeitet würden. Den Ausspruch von Karl Marx, daß an allem zu zweifeln sei, hatten seinerzeit in Ost-Berlin sowohl Robert Havemann wie auch sein Freund und Genosse Lucio Lombardo-Radice, Mathematikprofessor und ZK-Mitglied der italienischen Kommunisten, ganz im Sinne angewandter Wissenschaftlichkeit gerade auch auf die konkreten Gesellschaftssysteme des „real existierenden Sozialismus“ bezogen. Lucio Lombardo-Radice hatte davon gesprochen, „den Marxismus auf den Marxismus anzuwenden“. Diese analytische Schärfe wird im vorliegenden Sammelband vermißt.

Es sei an dieser Stelle an Hermann Weber erinnert, den auch die beiden Herausgeber in ihrem Vorwort bemühen und der sich in einem nicht unkomplizierten Prozeß vom gläubigen Stalinisten zum kritischen Sozialisten gewandelt hatte. In seinen zusammen mit seiner Frau Gerda verfaßten Erinnerungen *Leben nach dem Prinzip ‚links‘* kommen beide zu einer unmißverständlichen Schlußfolgerung: „Jeder Versuch, die SED-Diktatur zu rechtfertigen, zu beschönigen oder zu relativieren, ist – auch als ‚links‘ drapiert – reaktionär und steht im Widerspruch zum ‚Prinzip links‘, das untrennbar mit Freiheit, Aufklärung und Emanzipation verbunden ist“.

Volker Strebel

Klenner, Hermann: Kritik am Recht. Aktualisierende Rechtsphilosophie. Berlin: Karl Dietz Verlag 2016, 448 S., 39,90 €.

Der Titel täuscht. Eine Rechtsphilosophie findet sich mitnichten in dem Sammelband von Hermann Klenner, der 31 veröffentlichte Texte des marxistischen Rechtstheoretikers seit 1987 zusammenfaßt. Als rechtsphilosophisch im engeren Sinne läßt sich nur ein einziger, achtseitiger Text unter dem Titel „Über die vier Arten von Gerechtigkeitstheorien gegenwärtiger Rechtsphilosophie“ identifizieren. Hier referiert Klenner auch analytische und formale Ansätze in den – vorwiegend angloamerikanischen – Debatten des 20. Jahrhunderts. Er dringt aber nicht tief in die Materie ein, was weniger mangelndem Geistesvermögen des Autors, als der marxistischen Folie geschuldet ist, durch die er alles interpretieren und verstehen möchte. Das freilich ergibt ein Zerrbild: Der Marxismus spielt in der Rechtsphilosophie seit Jahrzehnten keine Rolle mehr. Die heutige Rechtsphilosophie, zumal die analytische, ist nicht einmal mehr antimarxistisch, was sich in Klenners dialektisches Weltbild noch integrieren ließe, sie ignoriert den Marxismus und hat ihn vergessen.

Linke Rechtstheoretiker befassen sich heutzutage mit feministischen Perspektiven auf das Recht, kritisieren das Leitbild der Effizienz in der „Ökonomischen Theorie des Rechts“ oder setzen sich mit Tugendjurisprudenz und Poststrukturalismus auseinander. Nichts davon findet sich in Klenners „Aktualisierender Rechtsphilosophie“. Am aktuellsten sind einige wenige Erwähnungen des Systemtheoretikers Niklas Luhmann. Daß dessen Theorie eines autopoietisch geschlossenen Rechts inzwischen immer mehr in Frage gestellt wird – auch von früher in Berlin lehrenden Rechtsphilosophen wie Bernhard Schlink oder Matthias Mahlmann –, hat Klenner noch nicht zur Kenntnis genommen.

Der Titel von Klenners Sammelband erklärt sich als Abgrenzung zu seinem *Werk*

Historisierende Rechtsphilosophie, das 2009 vom Rudolf Haufe Verlag in Freiburg in einer Auflage von 400 Stück gedruckt wurde. Der größte Teil wurde später makuliert, drei Viertel der juristischen Fakultäten in Deutschland führen das Buch nicht in ihrem Bestand. Von der DDR war damals fast gar nicht die Rede, dafür gab es wirklich rechtsphilosophische Analysen, etwa zu Hobbes, Locke oder Pufendorf. Die eine oder andere Idee findet sich wortgleich in der nun vorliegenden *Aktualisierenden Rechtsphilosophie*, etwa auf Seite 364, wo die Gedanken zur Normtheorie aus dem älteren Werk (S. 66) übernommen sind. Doch im vorliegenden Werk, das mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung veröffentlicht wurde, drehen sich fast alle übrigen Texte um die DDR und vermischen persönliche Ansichten mit einigen wenigen rechtspolitischen Behauptungen, die keinen Erkenntnisgewinn bringen und sich zudem oft wiederholen.

Daß einem Autor kleinere Faktenfehler unterlaufen, sei auch Klenner verziehen. So etablierte sich nach den Volkskammerwahlen vom März 1990 keine reine „CDU/SPD-Regierung“ (wie auf Seite 109 behauptet), auch die Liberalen saßen am Kabinetttisch. Auch die Liste der Bundesorgane auf Seite 150 ist falsch und unvollständig. Daß Klenner in den neunziger Jahren eine „Nahezu-Eliminierung des Asylrechts“ ausgemacht haben will, ist angesichts der hohen Zahl an Flüchtlingen im heutigen Deutschland eine ebenso gewagte Behauptung wie die These, es würde kein kodifiziertes Familienrecht geben (hier würde ein Blick in §§ 1297 bis 1921 Bürgerliches Gesetzbuch genügen, das das Familienrecht umfaßt). Doch auch im Grundlegenden versteht Klenner das bundesdeutsche Rechtssystem nicht; er ignoriert etwa das Zusammenspiel von Gesetzesnormen und Rechtsprechung. Der Autor begibt sich nie in die Tiefen einer rechtsdogmatischen Betrachtung, vermutlich, weil er vor der Komplexität, die er nicht versteht, zurückschreckt. Zu den

„sichtbaren Vorzügen der DDR-Rechtsordnung“ habe die „Allgemeinverständlichkeit und Übersichtlichkeit des Rechts“ gehört, schreibt der durch eine kleinbürgerliche und faschistische Erziehung geprägte Autor (so seine Selbstzuschreibung). Daß ein Großteil der rechtswissenschaftlichen Literatur in der DDR in Giftschränken verschlossen, Auslegungsanweisungen an die Gerichte den Richtern nur mündlich mitgeteilt und wie Gerichtsurteile meist nicht publiziert wurden und allein linientreue Nachwuchskader Zugang zu einem Studium der Rechtswissenschaften hatten, verschweigt Klenner.

Immer wieder (etwa auf den Seiten 137 und 150) ereifert sich der Autor darüber, daß seit der friedlichen Revolution Überprüfungen von Tätigkeiten für die Staatssicherheit durchgeführt werden: „Ganze Bevölkerungsgruppen werden vergauckt, d.h. in einer Form geoutet, dass der für viele seit der Reformation aus der Mode gekommene Beichtstuhl in einen Pranger verwandelt und auf die Straße gestellt wird dazu.“ Dann bemüht er einen geschmacklosen Vergleich: „Vergangenheitsbewältigung wird als Vergangenheitsvergewaltigung betrieben“. Daß Klenner selbst inoffiziell für die Staatssicherheit arbeitete (IM „Klee“) und in dieser Funktion unter anderem Gutachten über den Dissidenten Rudolf Bahro erstellte, bleibt auch in diesem Buch ebenso unerwähnt wie seine frühere Mitgliedschaft in der NSDAP. Nur an einer Stelle, auf Seite 141, heißt es, die Rollen bewußt auf den gleichen Rang stellend, und damit das eigene Unrecht verharmlosend: „Ich bin Täter, Opfer, Dulder (im Doppelsinn des Wortes) und Zeuge der Rechtswissenschaft der DDR, die jetzt ein Moment bundesdeutscher Rechtsgeschichte darstellt.“ Wer etwas über Klenners Täterleben erfahren will, sollte André Gurskys Dissertation von 2011 lesen (*Rechtspositivismus und konspirative Justiz als Strafjustiz in der DDR*), in deren Anhang Teile der Stasi-Unterlagen zu Klenner abgedruckt sind.

Klenners neues Werk ist keine Rechtsphilosophie, sondern eine Sammelsurium seiner persönlichen Stimmungsbilder zu DDR, Wiedervereinigung und heutiger Bundesrepublik. Die Argumentationen sind wenig kohärent. Gegenargumente zu seinen Thesen bleiben ebenso unberücksichtigt wie das gesamte aktuelle Schrifttum. An die rechtsphilosophischen Debatten der heutigen Zeit hat er den Anschluß verloren. Eine traurige Bilanz eines langen Geisteslebens: Doch mit dieser Schrift wird deutlich, daß von Klenners Gedanken wenig bleiben wird und auch nur wenig bleiben muß. In den gängigen Lehrbüchern zur Rechtsphilosophie (Mahlmann, Kirste, Seelmann/Demko, Hofmann, Braun) bleibt Klenner ebenso unerwähnt wie in Baers Rechtssoziologie, von der Pfordtens Rechtsethik, Vestings Rechtstheorie oder Mastronardis *Juristischem Denken*. Einzig das Lehrbuch von Rütters/Fischer/Birk zur Rechtstheorie beschäftigt sich in Randnummer 509b mit Klenner und der Frage, was von der marxistischen Rechtsphilosophie bleibt: „Zunennen ist hier vor alle die schichtspezifische und gesellschaftlich bedingte Entstehungsweise von Rechtsordnungen, also der ‚Klassencharakter des Rechts‘. Die übrigen Kernthesen der marxistischen Rechtslehren haben sich als Hilfsinstrumente einer totalitären Ideologie erwiesen, die von einer irrigen transzendentalen Geschichtsdeutung ausgeht.“

Jochen Zenthöfer

Baumgartl, Susan: Der eigene Aufbruch: Kollektive Erinnerungsbilder Leipziger Bürger zum Herbst 1989. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, 2015, 257 S., 21, 50 €.

Die friedliche Revolution spielt eine entscheidende Rolle bei der Ausformung einer nationalgeschichtlichen Traditionslinie von revolutionären Freiheitsbewegungen. Auch Susan Baumgartl sieht hier positive Deutungsangebote für den engagierten Bürger, wendet sich dann aber den Revolutionserinnerungen von Leipzigern zu, die das Jahr 1989 als Erwachsene und Jugendliche erlebten, und heute fast alle davon berichten, daß sie sich spätestens nach dem 9. Oktober an den Montagsdemonstrationen auf dem Leipziger Innenstadtring beteiligt hätten. Offen bleibt dabei in der Regel der genaue Zeitpunkt des Beginns dieses Engagements und die damit verbundenen Hoffnungen oder Ziele. Gleichzeitig zeigen sich viele Leipziger jedoch mit der Entwicklung nach dem Fall der Berliner Mauer am 9. November, also mit den Ergebnissen des Wiedervereinigungsprozesses, unzufrieden und begründen ihr heutiges Urteil über die Erinnerungspolitik in Leipzig mit ihrem damaligen Engagement. Gleichzeitig befinden wir uns heute an dem Punkt, an dem die persönliche Erinnerungen der Erlebnisgeneration an Bedeutung verlieren und sich nachwachsende Generationen über die Ereignisse auch der friedlichen Revolution aus „zweiter Hand“ informieren müssen. So erfolgt heute die Transformation der Erinnerung des Einzelnen an die Ereignisse vor 27 Jahren zum Teil des kollektiven Gedächtnisses der Deutschen. Damit dieses gelingt, sind erhebliche Anstrengungen nötig, wie jetzt gerade die Diskussion über die Empfehlungen der Expertenkommission zur Zukunft der bisherigen Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes zeigt. Aber auch immer mehr Autoren wenden sich dem Wandel vom individuellen Erinnern zum Geschichtsbeußtsein der Nation zu.

Hier setzt auch Susan Baumgartl ein und präsentiert eine Auswertung der Diskussionen in elf Gesprächskreisen von alternativen Künstlern, Angestellten, Freiberuflern, Katholiken bzw. Protestanten, von Lehrern, Rentnern und Wohnungs- bzw. Arbeitslosen, also in der Regel Menschen mit einem gemeinsamen Deutungshorizont. Zwar ist bei einer Teilnehmerzahl von drei bis sieben Personen pro Gruppe keine repräsentative Aussage darüber möglich, was die Leipziger im revolutionären Herbst 1989 wirklich dachten, doch ergibt die Analyse der Gespräche doch interessante Hinweise darauf, was in der Stadt Mehrheitsmeinung war und wie das heute interpretiert wird. Entscheidend für die Erinnerung sind dabei gegenwärtige Bewertungs- und Deutungszusammenhänge – hier legt die Autorin Überraschendes vor, und sie widerspricht auch bisherigen Annahmen. So gelingt es ihr nachzuweisen, daß es eine vielschichtige und konflikthaltige Erinnerung an friedliche Revolution und Wiedervereinigung gibt, die ihre Wurzeln natürlich schon in der SED-Diktatur hat. So erscheint die Diktatur als übermächtig, aber auch von sozialer Sicherheit, von Vertrautheit und gesellschaftlicher Ordnung gekennzeichnet. Zwar stellte sich der 9. Oktober als Gradmesser der individuellen Konfliktbereitschaft dar, betont wird in den Gruppengesprächen aber auch immer, daß die Masse der Demonstranten die Veränderung der Machtverhältnisse brachte. Mit diesem Scheitern der Diktatur verbanden die Mitglieder der Gesprächskreise in ihrer Erinnerung weitgehend übereinstimmend die Hoffnung auf eine durch Reformen verbesserte DDR. Und hier liegt der entscheidende und überraschende Punkt der Untersuchung: Der 9. Oktober und die nachfolgenden Demonstrationen werden von den Leipzigern noch fast einhellig als positiv bewertet, der Sturz der Berliner Mauer am 9. November und vor allem die darauffolgende Wiedervereinigung jedoch überwiegend negativ als Projekt des Westens. Der Monat zwischen diesen bei-

den Tagen gilt als eine ganz herausragende, wenn auch kurze Zeit der gleichen Lebenschancen, der Handlungssouveränität und der persönlichen Integrität. Dagegen wäre es danach überwiegend um Konsumwünsche gegangen, wofür sich zumindest einige der Gruppenmitglieder heute schämen. Das widerspricht diametral der (besonders unter Westdeutschen) weitverbreiteten Sicht auf den Herbst 1989, in der die Revolution keine Rolle spielt, dagegen die Maueröffnung durch ein vermeintliches Versehen eines SED-Nomenklaturkaders das allein Erinnernte ist (evtl. noch ergänzt durch den Glauben an das entscheidende Handeln „großer Männer“). Allerdings kann nicht festgestellt werden, was heutige Erinnerung ist und wie im Herbst 1989 gedacht und gehandelt wurde.

Der Grund für diese Meinungsäußerung ist, daß mit dem 9. November als irritierendem Bruch die Reformhoffnungen an ein schnelles Ende gekommen waren und die Komplettübernahme des bundesdeutschen Gesellschaftssystems begann. Die Vereinigung zu den Bedingungen der Bundesrepublik erscheint der übergroßen Zahl der Deutschen und der am deutschen Gedächtnis Arbeitenden zwar als positiv, nicht aber den Leipziger Gesprächspartnern. Hier wird der „Anschluß“ der DDR überwiegend negativ bewertet, da er die eigenen Gestaltungsmöglichkeiten beendet habe und die gewohnte, sozial abgesicherte, Existenz beeinträchtigte oder gar deren Grundlagen zerstörte. Es geht dabei um das Gefühl einer „verratenen“ Revolution. Darüber hinaus fühlen sich viele Leipziger gegenüber den Westdeutschen als „Bürger zweiter Klasse“. Es herrschte Trauer beim Erinnern an das angeblich Verlorene, obwohl anerkannt wird, daß es in der jetzt gesamtdeutschen Gesellschaft auch Positives gäbe. Trotzdem dominiert das Gefühl einer erlittenen Kränkung und der notwendigen Abwehr westlicher Werte bzw. Handlungsorientierungen. Immer wieder wird auch die Frage gestellt, was von dem „Eigenen“ bleiben würde.

Das kann als ein Beispiel für eine nachträglich entstandene DDR-Identität gewertet werden, aber es ist auch ein Schlüssel für die Erfolge von Pegida, Legida und der „Alternative für Deutschland“ im Osten Deutschlands. Ein Grund dafür ist ganz sicher das Gefühl, daß sich die Erwartungen von 1989/90 nicht erfüllt hätten und das vereinte Deutschland von Westdeutschen beherrscht würde. Außerdem gibt es weitverbreitet die Auffassung, man werde auch heute wieder „von denen da oben betrogen“ und eine weitere Revolution wird nicht ausgeschlossen. Diese – zumindest irritierenden – Auffassungen sind oft unabhängig von der eigenen sozialen Lage und werden immer mehr zu einem weit verbreiteten dumpfen Ressentiment. Dies wird im gesellschaftlichen und publizistischen Diskurs in aller Regel nicht diskutiert.

Die Leipziger Gruppenmitglieder thematisieren den Wert der erkämpften Freiheit und den Wert von neuen Lebenschancen nur randständig. Dies hat mit einem nicht nur in Leipzig, sondern im gesamten Ostdeutschland nicht vorhandenen Stolz auf die friedliche Revolution zu tun, der sich allein schon im gedankenlosen Verwenden des verlogenen Begriffs „Wende“ ausdrückt. Zwar kann es in einem pluralistischen politischen System, anders als Baumgartl meint, keine offizielle Geschichtspolitik geben, aber durchaus geförderte Gedenkpolitik. Dazu gehören auch die Projekte von Freiheits- und Einheitsdenkmälern in Berlin und Leipzig, die zumindest vorläufig gescheitert zu sein scheinen. Die Mehrzahl von Baumgartls Gesprächspartnern lehnt ein solches Denkmal in Leipzig ab. Und auch hier wird das Grundproblem deutlich: Gäbe es den Revolutionsstolz von freien mündigen Bürgern, dann würden diese auch ein nationales Denkmal als Anerkennung für ihre Leistungen nicht nur akzeptieren, sondern fordern. Dies würde auch den Kampf gegen links- und rechtsradikale Verführer erleichtern, und wer sich noch

heute auf die Werte der Freiheitsrevolution von 1989/90 bezieht, der kann mit Recht sagen: „Wir sind das Volk“. Die Menschen, mit denen Baumgartl sprach, können dies heute nicht mehr und es ist Aufgabe einer demokratischen Erinnerungspolitik, daß das nicht nur bei ihnen so bleibt. Und auch hier hat Baumgartl mit ihrer These Recht, daß noch immer eine öffentliche Selbstdeutung der Ostdeutschen über die Erfahrung einer revolutionären Selbstermächtigung und eines „eigenen Aufbruchs“ der Bürger nötig ist.

Rainer Eckert

Berth, Hendrik / Brähler, Elmar / Zenger, Markus / Stöbel-Richter, Yve (Hrsg.): Gesichter der ostdeutschen Transformation. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Sächsischen Längsschnittstudie im Porträt. Gießen: Psychosozial-Verlag 2015, 170 S., 19,90 €.

Die zu rezensierende Publikation weckt mit ihrem Titel die Erwartung einer sowohl vielschichtigen als auch differenzierten Darstellung einzelner Biographien von Menschen, die in der DDR geboren wurden und den Prozeß der Wiedervereinigung Deutschlands miterlebten. Seit Beginn der langjährigen Studie erscheint nun nach mehreren Publikationen zur Auswertung der regelmäßig erhobenen empirischen Daten und deren Analysen eine Arbeit, die neben einem einleitenden Überblick zur Studie fünfzehn Personen erstmals persönlich zu Wort kommen läßt. Hierbei finden sich sowohl frühere Meinungsäußerungen der einzelnen Befragten als auch aktuelle Darstellungen ihrer persönlichen Entwicklung sowie ihrer dazugehörigen Verortung im gesellschaftlichen Gefüge und der jeweiligen politischen Situation.

Das Besondere der Untersuchungen ist zum einen die Teilnahme der Personen über einen Zeitraum von nahezu drei Jahrzehnten und zum anderen die Bandbreite des hieraus resultierenden historischen

Rückblicks. Die Sächsische Längsschnittstudie begann 1987 mit der Befragung von 1.407 Schülerinnen und Schülern des Jahrgangs 1973 in den damaligen Bezirken Leipzig und Karl-Marx-Stadt, betreut vom damaligen Zentralinstitut für Jugendforschung der DDR. Auf dieser Grundlage wurden die Untersuchungen über die durch die Wiedervereinigung hervorgerufenen politischen und gesellschaftlichen Änderungen und Anpassungsprozesse fortgeführt und begleitet sodann eine Gruppe Ostdeutscher auf ihrem Lebensweg vom DDR- zum Bundesbürger. Die an die Teilnehmer gerichteten Fragen umfaßten nunmehr Themen wie politische Grundeinstellungen, kollektive Identitäten, rechtsextreme, ausländerfeindliche und autoritäre Einstellungen, Lebensorientierungen und Werte, gesellschaftliche und persönliche Zukunftszuversicht, subjektives Befinden, Familienbildung, Kinderwunsch und vieles mehr. Verschiedene Stiftungen unterstützen die Weiterführung der Untersuchungen bis heute. Einen Längsschnittvergleich ermöglichendes Äquivalent aus den alten Bundesländern liegt nicht vor, so daß die westdeutsche Perspektive zu den Transformationsprozessen nicht dargestellt werden kann.

Unter Vernachlässigung der wissenschaftlichen und empirischen Daten der Studie fokussiert die vorliegende Publikation auf die persönlichen Ansichten der fünfzehn Teilnehmer, die von insgesamt 328 Studienteilnehmerinnen einen entsprechend kleinen Ausschnitt möglicher Ansichten offenlegt. Einleitend wird die Sächsische Längsschnittstudie vorgestellt, ihr ursprünglicher Beweggrund offengelegt und auch ihre zentralen Ergebnisse dargestellt. Hieran anschließende Ausführungen zur Repräsentativität der Studie enthalten einzelne Stichproben von Erhebungen, wodurch die gesammelten Daten und ihre Analyse nachvollziehbar werden. Im Hauptteil der Arbeit finden sich die Berichte der Studienteilnehmer. Diese umfassen kurze biographische Informatio-

nen, denen sich Fragen zum ursprünglichen Beweggrund zur Teilnahme an der Studie sowie frühere Stellungnahmen und eigene Aufsätze anschließen. Einen direkten persönlichen Zugang vermitteln die Fotos der Befragten aus den 1980er/90er Jahren sowie aus den Jahren 2014/2015.

Über den langen Untersuchungszeitraum von 28 Jahren wurden unterschiedliche Fragen an die Teilnehmer gestellt, die sie entweder knapp in Stichpunkten oder auch in Aufsatzform beantworteten. An der aktuellen Meinungsäußerung zur Frage „25 Jahre deutsche Einheit, wie sie diese erlebt haben und heute wahrnehmen“ haben alle 15 Personen teilgenommen. Allerdings liegen nicht von allen Teilnehmern zu allen Fragen die Antworten vor, wodurch der Leser herausgefordert ist, die auftretenden Leerstellen nicht selbständig zu interpretieren. Auffallend sind die gemeinsamen Schnittstellen in der Bewertung und Wahrnehmung der persönlichen Entwicklungen vom DDR-Bürger zum Bundesbürger, die alle fünfzehn Befragten in ihren Antworten gleichsam thematisieren (vor allem gesellschaftliche Strukturen, Sicherheitsgefühl, Bildungs- und Gesundheitssystem). Im Vergleich mit den heute geschätzten vielfältigen Entfaltungsmöglichkeiten und einem freiheitlichen Lebensgefühl liegt eine große Übereinstimmung darin vor, daß die in der DDR Aufgewachsenen auf eine unbeschwertere Kindheit, weitgehende Arbeitsplatzsicherheit und einen größeren sozialen Zusammenhalt zurückblicken. Diese Ausführungen der Befragten lesen sich wie ein empirischer Beleg für die These Michael Meyens über die angeblich durch die Medien vermittelte einseitige Sicht auf die DDR als Diktatur und die davon doch stark abweichenden subjektiven Erinnerungen. (Meyen, Michael: Wir haben freier gelebt. Die DDR im kollektiven Gedächtnis der Deutschen, Bielefeld 2013) Meyen kam in seiner Untersuchung der Mediendiskurse in Verbindung mit einer Gruppendiskussion zu dem Schluß, daß die „Erinnerungslandschaft DDR“ in Ost

und West noch immer sehr unterschiedlich ausgestaltet ist. Wenngleich die DDR vor allem als Diktatur erinnert wird und diese Sichtweise weitestgehend von den einzelnen übernommen wird, fallen die Ausführungen der befragten Ostdeutschen vielschichtiger aus. Diese zaghaft geäußerten positiven Erinnerungen an eine behütete Kindheit, ein spürbares soziales Miteinander und eine grundlegende Zukunftssicherheit bilden quasi die Identitätssäulen der in der DDR Sozialisierten. So läßt sich auch in den Darstellungen der Teilnehmer der Sächsischen Längsschnittstudie ein komplexes Bild ebendieser subjektiven Vielschichtigkeit erkennen. Diese Aufsätze ergänzen Meyens These dahingehend, daß sehr persönliche Einblicke das große Feld der eigenen – sowohl gesellschaftlichen als auch individuellen – Verortung berühren. Zudem eröffnen die letzten Erhebungen der Sächsischen Längsschnittstudie eine zunehmende Annäherung der ost- und westdeutschen Erinnerungslandschaften. So unterliegt auch die Bewertung der deutschen Einheit seit 1990 einer deutlich positiven Entwicklung, die wiederum in Wechselwirkung mit der einsetzenden Annäherung zwischen Ost- und Westdeutschen steht. Die Frage, ob sich die einzelnen Befragten nach mehr als 25 Jahren Wiedervereinigung als „Gewinner“ oder „Verlierer“ sehen, erhält – eingebettet in den Hintergrund der ostdeutschen Transformation – eine spannende Perspektive, deren Begründung sehr empfehlenswert scheint. Diese Einblicke in das vielschichtige kommunikative Gedächtnis der Ostdeutschen wirken hoffentlich differenzierend auf das kulturelle Gedächtnis zurück. Die vorliegende Publikation wird der durch den Titel geweckten Erwartung dahingehend gerecht, daß der Leser einen breiten Querschnitt von Lebensgeschichten mit all ihren möglichen Brüchen, Reflexionen und sich verändernden Lebenskonzepten über die letzten drei Jahrzehnte vorfindet.

Mandy Palme

Schmidt, Isabel: Jugendwerkhöfe in Thüringen. Sozialistische Umerziehung zwischen Anspruch und Realität, Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung Thüringen 2014, 96 S.

Isabel Schmidt, Wissenschaftlerin im Hennebergischen Museum Kloster Veßra, beschreibt kurz und prägnant auf 96 Seiten, was Jugendliche, die aus dem Rahmen des staatlich verordneten Erziehungszieles einer „sozialistischen Persönlichkeit“ fielen, in den DDR-Jugendwerkhöfen durchlitten haben. Bei der Einstufung in „schwererziehbare“ Kinder und „kriminelle“ Jugendliche sahen SED-geschulte Pädagogen einen direkten Zusammenhang zwischen beidem. In Spezialheimen isoliert, wurde versucht, „schwer erziehbare“ Kinder und Jugendliche unter Zwang umzuerziehen. Wie Isabel Schmidt herausarbeitet, veränderten sich die Negativprojektionen auf abweichende Jugendkulturen entsprechend den jeweiligen Wahrnehmungsmustern des DDR-Erziehungswesens. So blickte man in den 1950er Jahren mit Argusaugen auf die „Eckensteher“ und Rowdys“, in den 1960er Jahren auf „Hippies“ und „Gammler“ und in den 1980er Jahren auf „Punks“ und „Skinheads“. Unter den 1989 in der DDR existierenden 32 Jugendwerkhöfen lagen sieben in Thüringen: Das waren die Jugendwerkhöfe in Bad Köstritz, Cretzschwitz, Friedrichswerth, Gebesee, Höngeda, Hummelshain und Wolfersdorf – sowie von 1948 bis 1955 der Jugendwerkhof in Bad Klosterlausnitz und von 1963 bis 1970 der Jugendwerkhof in Sömmerda. In diesen Jugendwerkhöfen herrschte ein strenges Regime aus Verhaltensregeln, Disziplinierungsmaßnahmen und der Einschränkung der persönlichen Freiheit.

Die Autorin schildert ausführlich die Entstehung der Jugendwerkhöfe, die Umgestaltung des DDR-Heimsystems in Thüringen und die Verfestigung der Erziehungsziele seit dem DDR-Ministerratsbeschluß über die Spezialheime der Jugendhilfe vom 28. Mai 1964. Seit 1964 befanden sich die „offenen“ Jugendwerkhöfe in

der Zuständigkeit der DDR-Kreise. Die Einweisung der Jugendlichen regelte eine Zentralstelle in Eilenburg. Die Neustrukturierung der Jugendwerkhöfe in Thüringen ging einher mit ihrer „Entwicklung zu einem Instrument staatlicher Fürsorgemaßnahmen gegen Schwererziehbarkeit“. Als „schwererziehbar“ konnte eingestuft werden, wer sich unangepaßt verhielt. Bis 1968 konnten auch Gerichte straffällige Jugendliche in einen Jugendwerkhof einweisen. Seit Inkrafttreten des neuen Strafgesetzbuches im Jahre 1968 war allein die DDR-Jugendhilfe für solche Einweisungen zuständig. Die Autorin führt in einem Abschnitt ihrer Untersuchung eine Vielzahl von „Einweisungsgründen“ in den verschiedenen Phasen der DDR-Geschichte auf. Sie reichen von Schulbummelei bis zu „versuchter Republikflucht“. Pädagogen in Thüringen planten nach Schmidt die „Umerziehungsarbeit“ auf folgenden Wegen: 1. „politisch-ideologische Erziehung“. 2. „Arbeitserziehung“: Jugendliche konnten eine Ausbildung absolvieren, arbeiteten aber zugleich für wenig Geld in staatseigenen Betrieben. 3. „Erziehung zu Disziplin und Ordnung“: Alle Insassen hatten sich an einen straff geregelten Tagesablauf und die Haus- und Zimmerordnung zu halten. 4. „Freizeiterziehung“: Während der Freizeit stand den Jugendlichen tatsächlich nur ein Minimum an individueller freier Zeit zu, vielmehr „lenkten“ Erzieher die „Freizeitgestaltung“.

Die Disziplin und die Erziehung zur „Ordnung“ bildete nach Schmidt das „Kernelement“ des Vorhabens, neue Menschen aus den Jugendlichen zu machen. Nur mit strenger Disziplin und Ordnung „konnte es gelingen, jegliche Individualbestrebungen dem gesellschaftlichen Nutzen unterzuordnen“, so ihr Resümee. In den Jugendwerkhöfen setzte eine verbindliche „Tageseinteilung“ Disziplinierung und Ordnung durch. Deren Einhaltung unterlag der Kontrolle der Erzieher. Nichteinhaltung wurde bestraft. Dabei waren die Jugendlichen der Willkür der Erzieher

ausgesetzt. Zu den Strafen zählten Prügel, Geldstrafen, Beleidigungen, Schlafentzug oder Essensentzug. In Einzelfällen wurden Maßnahmen verhängt, die mit schwersten physischen Belastungen verbunden waren, wie Gewaltmärsche über 45 Kilometer oder Zwangssport bis zur totalen Erschöpfung. Schmidt berichtet über Fälle von Selbstjustiz in den Jugendwerkhöfen und über die Selbsttötung eines Jugendlichen in Wolfersdorf, der die ständigen Repressalien nicht mehr ertrug. Über sexuelle Übergriffe von Erziehern in den Jugendwerkhöfen Thüringens ist nichts bekannt.

Viele ehemalige Insassen erlebten die Zeit im Jugendwerkhof als eine Zeit voller Mißbrauch und Demütigungen. Im Rückblick erklärt die Autorin das Umerziehungsziel der Jugendwerkhöfe für gescheitert. Die Nachwirkungen für die Betroffenen sind wenig erforscht. Viele ehemaligen Insassen dieser Einrichtung leiden an den psychischen Folgen der Zwangserziehung, die zu DDR-Zeiten nicht diagnostiziert, geschweige denn behandelt wurden.

Angela Schmole

Geipel, Ines / Walther, Joachim: Gesperrte Ablage. Unterdrückte Literaturgeschichte in Ostdeutschland 1945-1989. Düsseldorf: Lilienfeld Verlag, 432 S., 24,90 €.

Wer sich dafür interessiert, welche Überlieferungen in einem „Archiv unterdrückter Literatur in der DDR“ gesammelt und zugänglich gemacht werden, kann nun zu einem Buch mit dem Titel *Gesperrte Ablage* greifen. Es wurde von den Initiatoren des Archivs, Ines Geipel und Joachim Walther, geschrieben. In Porträts und literarhistorischen Passagen wird ein Einblick in das Schaffen von etwa 20 Autorinnen und Autoren gewährt, die wegen ihrer Literatur bzw. ihrer politischen Einstellungen in der DDR unbeachtet blieben

oder gar Sanktionen erleiden mußten. Einige Autoren erfuhren Gefängnishaft, andere hörten angesichts ausbleibender Veröffentlichungsmöglichkeiten mit dem Schreiben auf, wieder andere führten ein Leben am Rande der Gesellschaft.

Ines Geipel und Joachim Walther haben sich die Arbeit an diesem Buch geteilt. Im ersten Teil beschäftigt sich die Professorin für Deutsche Verssprache mit den Jahren 1945 bis 1968. Einfühlsam schildert sie beispielsweise die Schreibsituation der inhaftierten Edeltraud Eckert, für die das Verfassen von Lyrik zur Gegenwelt wurde, oder geht der Bedeutung einer „kategorischen Ortlosigkeit“ für Autoren nach, die der DDR den Rücken gekehrt hatten. Joachim Walther befaßt sich mit den Jahren 1969 bis 1989 und legt dabei einen Schwerpunkt auf Beschreibungen künstlerischer Szenen und Freundeskreise unter anderem in Berlin, Erfurt, Leipzig und Jena, in denen Schreib- und Lebenskonzepte zuweilen eng miteinander verbunden waren. Besonders interessant wird es, wenn es Geipel und Walther gelingt, einen Zugang zur ästhetischen Eigenart der behandelten Texte zu eröffnen, etwa durch den Verweis auf die Verschmelzung mehrerer Kunstformen. Da sich „literarischer Widerstand in der DDR“ nicht tradiert, sondern „immer wieder neu entwickelt“ habe, begegnet man den verschiedensten Schreibweisen. Überwiegend verfahren Geipel und Walther aber biographisch: Literatur wird aus den Konflikten erklärt, die ihre Autoren in der DDR erfahren mußten.

Ein umfangreicher Anhang vermittelt einen Eindruck von den archivalischen Leistungen Geipels und Walthers. Zu 85 Autoren und einer Theatergruppe wird der Bestand an literarischen Texten, biographischen Zeugnissen und zeitgeschichtlichen Quellen im „Archiv unterdrückter Literatur“ aufgeführt. Kurzbiographien, Literaturlisten und Hinweise auf Bestände in anderen Archiven geben für weitere Recherchen hilfreiche Hinweise.

Es ist sinnvoll und bereichernd, daß das Spektrum der DDR-Literatur um damals unveröffentlichte Texte erweitert wird. Doch ist für ihre Erschließung der herausgestellte Gegensatz zwischen der „veröffentlichten und propagierten DDR-Literatur“ und den „unangepaßten Autoren“ tatsächlich ein tragfähiges Konzept? Die Entschiedenheit, mit welcher die Verfasser den Begriff der „kritischen Literatur“ jenen Werken vorbehalten, die von einer grundsätzlichen Ablehnung der DDR zeugen, ihre Bewertung literarischer Qualität an nicht weiter spezifizierten „Kriterien der literarischen Moderne“ und schließlich ihre These, daß nach mehr als 25 Jahren noch immer der in Ostdeutschland entstandene „Kanon der DDR-Literatur“ gelte, lassen mich daran zweifeln. Ist der von Walther hervorgehobene Bezug auf die „weitgehend ausgesperrte Moderne“ nicht laut Wolfgang Emmerich (*Kleine Literaturgeschichte der DDR*) überhaupt eine Tendenz der DDR-Literaturentwicklung vom Ende der 1960er Jahre an? Sicherlich: Es ist das Ziel von Geipel und Walther, „die in der DDR abgewiesenen Autoren moralisch zu rehabilitieren“. Wenn man jedoch nicht die Auffassung teilt, daß „die Philosophen Sartre, Camus und Heidegger [...] nach und nach Marx und Engels erledigt“ haben, die Intellektualität von Christa Wolf nicht als Makel empfindet und pauschalisierenden Rollenzuweisungen, wie „kulturpolitische Überwacher“, wenig abgewinnen kann, dann liest man die polemischen und zuweilen überspitzten Ausführungen der Verfasser mit wachsender Befremdung. Für ein eigenständiges und tieferreichendes Verständnis sei deshalb der Griff zu den Primärtexten empfohlen. Dies haben Geipel und Walther ebenfalls ermöglicht. In ihrer Edition *Die Verschwiegene Bibliothek* kann man eine Auswahl der vorgestellten Texte in Gänze nachlesen.

Jan Kostka

Bircken, Margrid / Hartinger, Christel/ Kretzschmar, Harald / Raue, Burkhard / Schmidt, Marianne (Hrsg.): Petzow – Villa der Worte. Das Schriftstellerheim in Erinnerungen und Gedichten. Berlin: Verlag für Berlin-Brandenburg 2016, 301 S., 19.90 €.

Wer von Caputh aus am Schwielowsee entlang nach Petzow fährt, übersieht leicht die „Villa Berglas“, weil das in den 1920er Jahren erbaute Haus mit seinem großzügigen Seezugang hinter einer langgestreckten Mauer verborgen bleibt. An einen 35 Jahre umfassenden Teil seiner Geschichte erinnert ein Herausgabeteam bestehend aus den Wissenschaftlerinnen Margrid Bircken und Christel Hartinger, dem Karikaturisten Harald Kretzschmar, dem Autor Burkhard Raue sowie Marianne Schmidt, emeritierte Professorin des Leipziger Literaturinstituts. Mit der Lektüre ihres Buches wird aus der „Villa hinter der Mauer“ die *Villa der Worte*, nämlich das Schriftstellerheim „Friedrich Wolf“. Die Arbeits- und Erholungsstätte für Schriftsteller wurde 1955 eröffnet und bestand bis 1990. Verwaltet wurde sie von der Sozialabteilung des Schriftstellerverbands der DDR, die unter anderem Ferienplätze und Kuren vermittelte. Bei einer Übernachtungskapazität von 32 Betten beherbergte das Heim jährlich etwa 650 Gäste, die aus dem In- und Ausland kamen und zu denen neben Schriftstellern und ihren Familien auch Wissenschaftler, Verlagsmitarbeiter und Dramaturgen gehörten. Sarah Kirsch, Elfriede Brüning und Wolfgang Kohlhaase zählten ebenso zu den Gästen wie Georg Maurer, Maxie und Fred Wander, Brigitte Reimann und Siegfried Pitschmann. Sie erlebten hier eine „Kombination von Arbeiten und Erholen“ sowie „vielfältige Formen von Seminaren, Werkstätten, Diskussionsforen bis hin zur Nachwuchsförderung“, schreibt Bernd Bock in einem einleitenden Überblick zur Geschichte des Hauses. Erlebnisse und Erfahrungen von ehemaligen Gästen des Schriftstellerheims, wie sie in literarischen Zeugnissen und in Erinnerungen

überliefert sind, haben die Herausgeber zwei Jahre lang gesammelt und nun veröffentlicht.

Villa der Worte ist eine Anthologie, keine literaturhistorische Dokumentation oder wissenschaftliche Analyse. Für eine solche sei die gemeinsam mit der Buchpräsentation eröffnete Wanderausstellung *VEB Elfenbeinturm* empfohlen, die durch die Arbeit mit Übersichtstafeln und Dokumenten staatlicher Institutionen einen objektivierenden Überblick über die Geschichte und Nutzung des Schriftstellerheims bietet. Diesen Überblick muß sich der Leser der Anthologie selbst verschaffen und hat dafür reichlich Material. Die dabei zutage tretende Vielfalt und Widersprüchlichkeit der Positionen läßt sich mit einer deduktiven Herangehensweise kaum erfassen und fordert dazu heraus, eigenständig das Gelesene zueinander in Beziehung zu setzen. Insgesamt haben die Herausgeber 71 Texte unabhängig vom Bekanntheitsgrad ihrer Autoren ausgewählt. Die Genres reichen von der Tagebuchnotiz und der Lyrik über Kurz- und Erinnerungsprosa bis zu Reportage, Essay, Brief und Interview – darunter zahlreiche Archivfunde und Erstveröffentlichungen. Fotografien und Abdrucke einzelner Seiten des ersten Gästebuches eröffnen ebenfalls Zugänge zum Gegenstand.

Die Beiträge bieten eine Vielzahl von *Petzower Momenten*, wie sich in Anlehnung an Manfred Jendryschik sagen läßt. Die Spannung in dessen Gedicht *Petzower Moment* zwischen dem lyrischen Ich eines Vaters, der im Boot vom See aus hinüberblickt zu dem am Ufer spielenden Sohn und zugleich in sich selbst hinein, in die eigene Vergangenheit und Zukunftshoffnung, ist charakteristisch für viele Texte des Bandes – wie auch der Versuch, „den Nacken / so zu biegen dass Wärme die Haut unterm Hemd berührt“. Die Texte machen den Schreibort Schriftstellerheim als Reflexionsraum kenntlich, das In-sichselbst-Hineinbiegen als Teil des Schaf-

fensprozesses, auch wenn dies, wie im Gedicht von Sarah Kirsch, mit dem Gefühl, „hier ist man nicht auf der Welt“, einhergeht.

Daß Schriftstellerheim, Garten und Schwielowsee für das Schreiben eine eigene Bedeutung hatten, wird deutlich, wenn Jens Gerlach in seiner Ansprache *an den see* den „Weltmeertümpel“ um „ein paar lose lieder“ bittet und in Bernd Rumps Kurzgeschichte *Am See* eine Autorfigur vor der Schreibmaschine weiß: „Der See würde dabei helfen“. Die hier beschriebene Wandlung von „Ruhe“ „zu etwas anderem“ verweist auf die poetologische Bedeutung, die es hat, wenn Manfred Jendryschik den See in „die Strömung / die Flaute die Flut“ auflöst und Sarah Kirsch „vom See der zum Fluß wurde / aus Sehnsucht nach fremden Flüssen und Städten“ schreibt. Es entspricht hierbei dem Prinzip der Vielstimmigkeit, daß die Herausgeber euphorischen Gestaltungen des Natur- und Freiheitserlebnisses am Schwielowsee (Heinz Kahlau und Dieter Mucke) Jens Gerlachs drastischen *wEEKEND-report* entgegensetzen. Gerlach spitzt zu, wie der wochenendliche Motorschiffverkehr auf dem See zur „pferdekur“ wird, „gegen sich und die natur“.

Jendryschiks Gedicht *Petzower Moment* endet mit der Rückkehr des Vaters vom See. Der Sohn, erst hinterm Haus, kommt ans Ufer: „er fragt was ich habe, nichts, ich sag / das ist viel“. Gisela Steineckert beschreibt in ihrem Beitrag *Heimweh und Erinnerung*, wie besonders in den Sommermonaten Schriftsteller mit ihren Familien in Petzow ihren Urlaub verbrachten und die Kinder „sich fast wie ein Mitglied einer Bande fühlen konnten“. Aber auch die Erwachsenen, wie fast alle Künstler „ziemlich unerträglich auf uns selber fixiert“, waren „durchaus fähig, sensibel und verschworen zu sein“. Die Erinnerungen an besondere Begegnungen prägen einen großen Teil der Beiträge. So berichtet Christel Hartinger von einem nächtlichen Gespräch mit Maxie Wander, das viel-

leicht in seiner Unbefangenheit nur möglich war, weil das Schriftstellerheim das Gefühl vermittelte, „umgeben zu sein – innen wie außen – von Schutzräumen, die erlaubten, die geradezu aufforderten, begonnene Überlegungen und geäußerte Mitteilungen nochmals zu bedenken, sich ihrer zu vergewissern“. Zahlreiche gewidmete Gedichte zeugen von der Nähe, die sich zwischen den Gästen entwickelte. Eine Untersuchung von Schriftstellernetzwerken könnte hier ansetzen. Die Herausgeber haben diese Verweise und Spuren auch in einem Fall weiterverfolgt und ein Kapitel *In memoriam Georg Maurer* zusammengestellt. Die Lebenswelten, die an diesem Schreibort zusammentrafen, forderten auch schmerzhaft Berührungen heraus. So schrieb Fred Wander in seinen Lebenserinnerungen, daß er Ende der 1950er Jahre den Vorschlag von Hans Marchwitza, ein Buch über die Konzentrationslager zu schreiben, nicht aufzugreifen vermochte. Über die „Bilder in meinem Kopf“ ließ sich „nichts wirklich mitteilen“. „Ich lebte immer noch im KZ, ich lebte noch in der Verkehrung des Menschentums.“ Die vergebliche Suche nach Distanz, die notwendig ist, um eigene Erfahrungen literarisch gestalten zu können, weist darauf hin, daß der Einfluß von besonderen Schreiborten auf das literarische Schaffen nur begrenzt ist.

„nichts, ich sag / das ist viel“ – der Widerspruch prägt auch die Haltung, mit der gerade die neueren Erinnerungen an das Schriftstellerheim aufgeschrieben wurden. Diesen „Geschichten, die die Geschichte ein wenig gegen den strengen Scheitel bürsten“ (Kerstin Hensel) ist gemein, daß sie auf den Verkauf des Hauses an private Hand (2003) reagieren, welcher eine weitere öffentliche und kulturelle Nutzung ausschließt. Aber auch der Umstand, daß nun „nichts“ mehr da ist, „ist viel“, wenn man Petzow mit Walfried Hartinger als „Metapher“ und „Utopie“ betrachtet. Die von den Herausgebern vermittelten Texte eröffnen eine Perspektive auf die literarische Produktion, die diese

an menschliche Grundbedürfnisse bindet, indem sie das Wechselspiel von Kommunikation und Zurückgezogenheit, von subjektivem Phantasieren und freimütigem Austausch im Schaffensprozeß hervorheben – so zerbrechlich eine solche Atmosphäre in Petzow auch erfahren wurde.

Jan Kostka

Weberling, Johannes (Hrsg.): Zwangsarbeit in der DDR - Ein offenes Thema gesamtdeutscher Aufarbeitung. Baden-Baden: Nomos 2015, 100 S., 29 €.

Ein unrühmliches, aber bislang nur unzureichend aufgearbeitetes Kapitel der deutschen Geschichte ist die Zwangsarbeit in der DDR. „Auch 25 Jahre nach dem Mauerfall ist man noch [immer] weit entfernt davon, dass den Opfern von Zwangsarbeit in der DDR durch eine angemessene Rehabilitation und Entschädigung hinreichend Gerechtigkeit für das erlittene Unrecht widerfährt.“ Obschon man feststellen kann, daß punktuelle Verbesserungen bestehen, kann dies nur als ein weiter notwendiger und überfälliger Prozeß im Rahmen der gesamtdeutschen Aufarbeitung zum Thema verstanden werden. Um just jene Aufarbeitung weiter voranzutreiben, veranstaltete die Arbeitsgruppe „Aufarbeitung und Recht“ im Studien- und Forschungsschwerpunkt Medienrecht der Europa-Universität Frankfurt (Oder) in Zusammenarbeit mit der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) ein Symposium, das darauf abzielte, das Thema der Zwangsarbeit im Rahmen der gesamtdeutschen Aufarbeitung wieder in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse sind nun im Sammelband *Zwangsarbeit in der DDR – Ein offenes Thema gesamtdeutscher Aufarbeitung* veröffentlicht worden.

Daß bis zum heutigen Tag eine gesamtdeutsche Aufarbeitung nur sporadisch stattgefunden hat, zeigt bereits der Politologe und Theologe Dr. Christian Sachse,

Leiter des Aufarbeitungsprojekts Zwangsarbeit der UOKG, in seinem Beitrag über die historischen Dimensionen der Zwangsarbeit zutreffend auf. Insbesondere in der Diskussion über die von der SED veranlaßte Zwangsarbeit bisher vielfach unbeachtet, skizziert er die graduelle Entwicklung des Konzeptes von Menschenrechten im Wechselspiel mit dem vom jeweiligen Zeitgeist geprägten Verständnis. Dabei beschränkt er sich nicht darauf, die Zwangsarbeit in der DDR mit einem Blick von außen zu beschreiben. Sachse analysiert zudem historische Kontinuitätslinien und Zäsuren, die bei der Bewertung und Bewältigung des Topos Zwangsarbeit zwingend berücksichtigt werden müssen. Die Analyse von Gemeinsamkeiten und Unterschieden mit anderen historischen Zwangsarbeitssituationen hat schon allein in sich hohen Erkenntniswert. Versteht man die DDR-Zwangsarbeit nicht als singuläres Ereignis in der Geschichte, sondern kontextualisiert diese mit sowjetischen und westeuropäischen Diktaturen der Nachkriegszeit, stößt man zudem unweigerlich auf die Frage, warum nicht auch die jeweiligen Vergangenheitsbewältigungen dem Vergleich offen sein sollten.

Auf den ersten Blick erscheint es so, als wäre Zwangsarbeit in der DDR gar kein Thema gewesen. So wich man der Problematik unter anderem dadurch aus, daß sie den Begriff „Zwangsarbeit“ auf die Liste der verbotenen Wörter setzte. Dennoch lassen sich aus Zeitdokumenten zahlreiche Informationen gewinnen, welche Rolle Zwangsarbeit in der DDR spielte. Vordergrundig wurde Zwangsarbeit als notwendiges Pönalisierungsinstrument von Straftätern verklärt. Gleichwohl wurde diese wohl mehr eingesetzt, um durch „Erziehung“ von Delinquenten Systemkonformität in der Gesellschaft zu erreichen. Gerade politische Häftlinge wurden hierbei zu besonders harten und gefährlichen Arbeiten herangezogen.

Wurde Zwangsarbeit also anfangs noch unter Maßgabe eines aus den jeweiligen

Gründen notwendigen Sanktionsgedankens begründet, legen spätere Dokumente die Vermutung nahe, daß Zwangsarbeiter bereits als notwendige Ressource in die Volkswirtschaft voreingeplant waren. In der Folge stiegen die Zahlen rapide an und verzeichneten 1974 ihren vorläufigen Höhepunkt mit knapp 50 000 Zwangsarbeitern. Allein die schiere Anzahl zeigt, daß der Sanktionsgedanke im weiteren Verlauf der DDR-Geschichte nur noch zynische Maskerade sein konnte. Sachse kommt zu dem Ergebnis, daß Zwangsarbeiter als „Konjunkturmotor“ der DDR fungierten.

Dr. Tobias Wunschik, Mitarbeiter der Abteilung Bildung und Forschung für die Stasi-Unterlagenbehörde, legt hingegen sein Augenmerk auf die Nutznießer der Zwangsarbeit. Dabei zeigt er auf, daß die Verstrickungen in den Westen weit über das seit Frühsommer 2012 berüchtigte DDR-Sofa von Ikea hinausreichen. Das Ergebnis seiner Untersuchungen ist vielmehr, daß der eigentlich so Eiserne Vorhang äußerst durchlässig war, sofern es um Exportprofite ging. Tatsächlich scheint es, als hätte die DDR-Wirtschaft als „verlängerte Werkbank für westliche Unternehmen“ fungiert.

Etliche der beteiligten Firmen existieren noch heute. Ihre Markennamen sind nahezu allen Konsumenten geläufig. Die Liste der westlichen Unternehmen, die „Knastware“ bezogen, reicht von Neckermann über Dr. Oetker bis hin zu Salamander. Daneben stehen circa 6 000 weitere Betriebe in den alten Bundesländern, die mehr oder weniger als Nutznießer und Profiteure dieses Systems gelten müssen, sowie eine breite Öffentlichkeit die bisweilen auf einem Auge blind gewesen zu sein schien. Minutiös zeichnet Wunschik nach, wer wann wie profitierte. Billigten diese Unternehmen, daß sie ihre Produkte von Zwangsarbeitern produzieren ließen? In diesem Falle tragen sie Mitverantwortung, die nicht zwangsläufig justiziabel,

aber dennoch auf der politisch-moralischen Ebene vorhanden ist und entsprechende Verpflichtungen begründet.

Doch nicht nur die Unternehmen sieht Wunschik in der Verantwortung. Vielmehr wußte auch die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik um die Zwangsarbeit – oder hätte zumindest davon wissen müssen. So fanden zahlreiche Verbraucher von DDR-Häftlingen versteckte Kassiber in ihren Produkten. Trotz rigoroser Kontrollen in den Haftanstalten konnte so zum Beispiel Bettwäsche mit Botschaften wie „Grüße aus dem Ost-Knast an den Westen“ in den Verkauf gelangen. Einige Käufer beschwerten sich infolgedessen auch bei den jeweiligen Firmen.

Anfänglich versuchten einige Unternehmen, unter anderem Quelle, die mediale Berichterstattung zu unterbinden. Erst als dies für die Unternehmen zu einem Imageproblem zu werden drohte, drangen diese darauf, die Produktionsbedingungen in der DDR zu überprüfen. Dies wurde von der DDR nur widerwillig und unter zahlreichen Auflagen möglich gemacht. Dennoch gelangten in einigen Fällen nicht nur Vertreter westlicher Unternehmen, sondern auch TÜV-Kontrolleure, in direkten Kontakt mit Häftlingsarbeitern. Geändert hat sich dadurch allerdings bis auf die Verlagerung einiger Produktionsstandorte wenig. Statt dessen verließ man sich auf Zusicherungen, daß nunmehr ohne Häftlinge produziert werden würde.

Wieviel Profit mit Zwangsarbeit gemacht wurde, läßt sich nicht abschließend sagen. Wunschik ist sich jedenfalls alles andere als sicher, ob Zwangsarbeiter tatsächlich wesentlicher Konjunkturmotor für die DDR waren. Möglicherweise dienten sie auch primär als Arbeitshilfe für Tätigkeiten, die für normale Arbeitnehmer als unzumutbar betrachtet wurden. Am Ende bleibt jedoch eine Zahl: 65 Prozent der in ostdeutschen Haftanstalten produzierten Waren wurden in den Westen exportiert. Überspitzt muß man also fragen: Wie viel Zwangsarbeit hätte es in der DDR ohne entsprechenden Westbedarf gegeben?

Die Psychologin Stefanie Knorr, die in der Beratungsstelle „Gegenwind“ politisch Traumatisierte der SED-Diktatur betreut, schildert in ihrem Beitrag eindringlich die psychologischen Folgen der Zwangsarbeit, mit denen Opfer noch heute kämpfen müssen. In diesem Zusammenhang erläutert sie in Bezugnahme auf die entsprechenden Definitionen internationaler Konventionen, daß die DDR-Haftzwangsarbeit als Folterinstrument eingesetzt wurde.

Dabei wird schnell klar, daß erhebliche Energie aufgewendet wurde, um die „Arbeitsbedingungen“ als so belastend wie möglich zu gestalten. Auf Anweisung des Wachpersonals drangsalierten diese die politischen Häftlinge auch außerhalb der Arbeitsschichten. Erfüllten Häftlinge dann nicht das Tagessoll oder unterlief ihnen sonst irgendein Produktionsfehler, wurden drastische Arreststrafen eingesetzt: Isolationshaft, Dunkelarrest, Toilettenverbot, Essens- und Wasserentzug, Fesselungen usw. Auf diese Art und Weise wurde ein Bedingungsgefüge aus Demütigung, Willkür, Krankheit und Ohnmacht geschaffen, das Häftlinge physisch und psychisch brechen sollte. Die geistige und körperliche Dauerbedrohung schlägt sich oftmals in lebenslangen Folgeschäden nieder. Aus der Auswertung von Studien ergibt sich, daß der überwiegende Teil der ehemaligen Zwangsarbeiter die Haftzeit schwer verkraftbar findet. Sie zitiert einen ehemaligen Häftling, der seine Haftzeit folgendermaßen zusammenfaßt: „Es war die Hölle. Ein täglicher Überlebenskampf.“ Wie auch in der UN-Antifolterkonvention empfohlen, plädiert Knorr daher für den Ausbau bislang nur vereinzelt vorgenommener Entschädigungs- und Rehabilitierungsmöglichkeiten. Die von Knorr erläuterten Haftarbeitsbedingungen werden dabei durch den Bildzyklus „Hoheneck“ von der ehemaligen Insassin Brigitte Selke untermauert.

Prof. Dr. Johannes Weberling, Medienrechtsprofessor und Schirmherr des Symposiums, erläutert abschließend die rechtlichen Möglichkeiten und Grenzen von Zwangsarbeitsopfern, Entschädigungsansprüche geltend zu machen. Vorangestellt wird die rechtliche Notwendigkeit zur Schaffung von Wiedergutmachungsvorschriften für die Opfer des SED-Regimes. Dies ergibt sich für die Bundesrepublik als Rechtsnachfolger der DDR schon aus dem im Grundgesetz verankerten Rechts- und Sozialstaatsprinzip. Bislang unterbliebene Rehabilitation ist demnach Staatsaufgabe von Verfassungsrang.

Interessanterweise begannen erste Rehabilitierungsmaßnahmen bereits im Herbst 1989 in der DDR selbst. Heute bestehen in der Tat diverse Anspruchsgrundlagen, mit der Entschädigungen für geschehenes Unrecht geltend gemacht werden könnten. In der derzeitigen Ausgestaltung beschränkt sich eine Rehabilitation allerdings auf schwere Menschenrechtsverletzungen. Können diese substantiiert dargelegt werden, kann ein Ausgleichsanspruch für möglicherweise fortwirkende Folgen einstiger Verfolgung geltend gemacht werden. Dies beschränkt sich allerdings auf individuelle soziale Ausgleichsleistungen. Nicht umfaßt sind Schadenersatzansprüche für eingebüßte Freiheit, Bildung und Eigentum. Weberling zeigt ferner auf, daß es der jetzigen Gesetzeslage an spezifischen Entschädigungsregeln mangelt. Diese Rechtsunsicherheit führt dazu, daß sich in der Praxis individuelle Klagen als sehr schwierig gestalten. Erschwerend kommt hinzu, daß ein solches Urteil selbst im Falle des Erfolgs nur zwischen den Streitparteien wirkt und keinerlei Präjudizwirkung für andere Geschädigte entfaltet.

Um diese Probleme sachgerecht und zeitnah zu lösen, plädiert Weberling daher dafür, einen Entschädigungsfond einzurichten. Die entsprechenden Finanzmittel sollten dabei nicht allein vom Bund gestellt werden müssen. Nicht zuletzt durch Wun-

schiks Ausführungen über westliche Profiteursunternehmen wird klar, daß zahlreiche Unternehmen eine moralische Verantwortung zur Wiedergutmachung tragen.

Das Buch schafft es, ein komplexes und hochinteressantes Spektrum wissenschaftlicher und praktischer Expertise zu vereinen. So unterschiedlich die Biographien und DDR-Bezugspunkte der Teilnehmer sind, so unterschiedlich sind auch die Herangehensweisen an die Thematik. Genau diese Interdisziplinarität macht dieses Werk so wertvoll. Wie durch ein Kaleidoskop betrachtet, zeigt es auf, daß es nicht nur die eine einfache Wahrheit über die Geschichte gibt, sondern eine Vielfalt von Wahrheiten, die sich ergänzen oder Widersprüche aufzeigen können. Angesichts der Tatsache, daß Betroffene seit Jahrzehnten auf angemessene Rehabilitationsmaßnahmen warten, ist jedoch klar, daß nach wie vor dringender Handlungsbedarf besteht. Die Öffentlichkeit hat schon einmal weggesehen – sie darf es nicht noch einmal.

Max-Wilhelm Bahn